

## **Wortprotokoll**

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz**

59. Sitzung  
13. November 2025

Beginn: 09.01 Uhr  
Schluss: 12.17 Uhr  
Vorsitz: Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE)

#### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

#### Punkt 1 der Tagesordnung

##### **Aktuelle Viertelstunde**

Siehe Inhaltsprotokoll.

#### Punkt 2 der Tagesordnung

##### **Bericht aus der Senatsverwaltung**

Siehe Inhaltsprotokoll.

#### Punkt 3 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Die Linke  
Drucksache 19/1945  
**Arbeitsgruppe Baumschutz einrichten**

[0211](#)  
UK

Siehe Inhaltsprotokoll.

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Wir kommen zu

Punkt 4 der Tagesordnung

- |  |  |
|--|--|
| a) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen<br>Drucksache 19/2564<br><b>Hitzeschutz sofort!</b>   | <a href="#">0260</a><br>UK<br>GesPfleg(f)<br>Haupt<br>Recht<br>StadtWohn |
| b) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen<br>Drucksache 19/2565<br><b>Hitzeschutz und Entsiegelung nach Wiener und<br/>Pariser Vorbild – Berlin muss sich an die Klimakrise<br/>anpassen!</b> | <a href="#">0265</a><br>UK<br>StadtWohn(f)                               |
| c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs<br><b>Hitzeschutz durch Umweltmaßnahmen</b><br>(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der<br>SPD)   | <a href="#">0268</a><br>UK   |

Hierzu: Anhörung

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind Herr Scholz von der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt und Herr Dr. Barker von der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege anwesend und stehen für Fragen zur Verfügung. Als Anzuhörende begrüße ich in alphabetischer Reihenfolge Herrn Max Bürck-Gemassmer, stellvertretender Vorsitzender KLUG – Deutsche Allianz Klimawandel und Gesundheit e.V., Herrn Oliver Bürgel, Landesgeschäftsführer – AWO Landesverband Berlin e.V., Frau Katja Erke, Architektenkammer Berlin, Frau Dr. Gesche Grützmacher, Technikvorständin – Berliner Wasserbetriebe! – Sie, liebe Anzuhörende, sind darauf hingewiesen worden, dass diese Sitzung live auf der Webseite des Abgeordnetenhauses gestreamt wird und dass eine Aufzeichnung auf der Webseite aufzurufen sein wird. Ich darf feststellen, dass Sie mit diesem Vorgehen einverstanden sind? – Ich sehe Kopfnicken, vielen Dank! Dann wird so verfahren. Ich gehe außerdem davon aus, dass ein Wortprotokoll zu Tagesordnungspunkt 4 angefertigt werden soll. – Auch hier sehe ich Kopfnicken. Dann verfahren wir so. – Wer macht von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Begründung der Anträge zu Punkt 4 a und b? – Herr Lux, Sie haben das Wort.

**Benedikt Lux (GRÜNE):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht zunächst zu Punkt 4 a, das ist ein Antrag meiner Fraktion, den wir kurz vor der Sommerpause mit dem Tenor „Hitzeschutz sofort!“ eingereicht haben. Wir hatten befürchtet, dass es, ähnlich wie in den letzten Jahren, einen sehr heißen Sommer gibt. Diese Befürchtungen sind zum Glück in diesem Jahr nicht eingetreten. Alle Menschen, die halbwegs rational sind und sich von der Wissenschaft etwas sagen lassen – dazu zähle ich eigentlich

fast alle Fraktionen hier im Haus und bei Kollegen Bertram bin ich mir eigentlich sicher, dass er da im Herzen auch bei uns ist, aber sich aus Opportunitätsgründen immer ein bisschen davon absetzen muss –, any way, dieser Antrag zielt auf Sofortmaßnahmen ab, also auf Trinkbrunnen, kühle Orte, auf Wassermanagement, Verschattungen, alles, was man kurzfristig machen kann, Schutz der besonders vulnerablen Gruppen, wobei dazu alle gehören, und vor allem auf die ganzen Governanceaspekte, Verzahnung der Verwaltung und der Leute, die wenn es sehr heiße Hitzetage gibt, dann sofort handeln müssen, dass jeder weiß, was zu tun ist, je nachdem in welchem – Es kann ja auch eine Katastrophenlage geben, wenn es wirklich sehr heiß wird, auch in Berlin, dass es dann zu sehr akutem und schnellem staatlichen Handeln kommen muss.

Hintergrund dieses Antrags war eigentlich die Erwartung, dass der sich jetzt Mitte November erledigt haben dürfte, weil der Berliner Senat seiner Ankündigung nachgekommen ist, einen Hitzeaktionsplan vorzulegen. Ich bin ja noch neu in dem Haus, erst seit Mai dieses Jahres, aber wenn ich die Presse richtig gelesen haben, ist er seit über zwei oder drei Jahren schon angekündigt, und zwischen der Senatsgesundheitsverwaltung und der Senatsumweltverwaltung wird das wie eine heiße Kartoffel hin- und hergeworfen, statt einfach mal zu machen, statt einfach mal die Kräfte zu bündeln und sich die Hitzelage unter unterschiedlichen Gesichtspunkten – nämlich sehr warme Sommertage, richtig heiße Sommertage und dann ganz lange anhaltende Hitze – vorzunehmen und dann durchzuplanen, was man sofort machen kann und dies vorzulegen. Es wäre also relativ leicht gewesen, den Antrag meiner Fraktion dann damit zu erledigen.

Aber ich stelle fest, dass bis heute der Hitzeaktionsplan immer noch im Rahmen einer Ankündigung ist. – [Zuruf Abgeordnete Ülker Radziwill (SPD)] – Haben Sie ein Problem, Frau Radziwill?

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Frau Radziwill! Herr Lux hat das Wort.

**Benedikt Lux (GRÜNE):** Das sind die Gründe, warum meine Fraktion diesen Antrag gestellt hat, und da Sie ja demnächst im Bereich Umwelt- und Klimaschutz als SPD-Fraktion verstärkt werden, was Sie auch bitternötig haben, glaube ich, dass Sie da bald auch zu der entsprechenden Erkenntnis kommen werden. Any way, als mündiger Bürger liest man dann Zeitung und liest: Gesundheitsverwaltung macht, Umweltverwaltung macht – bis heute liegt nichts vor, außer Ankündigungen nichts. Deswegen erwarten wir auch von diesem Ausschuss, auch von Ihnen, Frau Radziwill, dass, wenn Sie was für die Berliner Bevölkerung tun wollen, diesem Antrag zustimmen. Von alleine scheint sich da in diesem Senat nichts zu bewegen. In einer ähnlichen Grundlage hat sich auch der Antrag „Hitzeschutz sofort!“ unter 4 b meiner Fraktion entwickelt, dass andere Großstädte, in dem Fall insbesondere Wien und Paris, was Entsiegelung, Tiny Forests, Anlegen von Grünanlagen, übrigens auch im Spannungsfeld zum Denkmalschutz angeht, wenn man sich Paris anschaut, die sind da wirklich deutlich weiter als wir, dass sie ihre schönen historischen Plätze wunderbar auch mit Grün bepflanzen können, und da sieht man bei uns, dass wir da doch noch etwas rückwärtsgerichtet sind und hier der Denkmalschutz über sehr vielem hängt. Ich glaube, auch der Debatte werden wir uns irgendwann einmal stellen müssen. Meine Fraktion hat das hier in zwei Anträgen für Sie aufgeschrieben.

Sie haben es als Koalition immerhin geschafft – und dafür meine Anerkennung –, eine Zeile nach 21 Absatz 3 zu formulieren, es sind nur drei Worte in einer Zeile – Hitzeschutz durch Umweltmaßnahmen –, auch die werden wir heute diskutieren, und ich freue mich schon auf Ihre Begründung für die drei Worte, die Sie hier gemeinsam formuliert haben. Insbesondere aber geht es mir darum – deswegen sorry für die lange Vorrede, aber da steht viel Arbeit hinter diesen Anträgen –, um Sie, liebe Anzuhörende, und zwar um eine deutlich nachhaltigere, längerfristige Perspektive. Deswegen habe ich den Antrag meiner Fraktion kurz vorbesprochen. Ich werde mich nachher in der Debatte auch nicht mehr dazu äußern, sondern möchte, dass Sie aus den unterschiedlichen Bereichen der Stadtgesellschaft mit Ihren wichtigen Aufgaben da vielleicht mit uns den Blick nach vorne richten, und wenn man dann über Gesundheit redet oder die Arbeit von KLUG oder der AWO, der Architektenkammer, der Wasserbetriebe, dann reden wir hier auch über die nächsten 30, 40, 50, vielleicht noch mehr Jahre in dieser Stadt, und dafür heute eine Grundlage aus Ihren unterschiedlichen Fachgebieten zu schaffen, darauf freue ich mich schon. Das wird sicherlich über den Tag hinaus dauern, aber da will ich Ihnen nicht vorweggreifen. – Danke!

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Danke, Herr Lux! – Die Begründung des Besprechungsbedarfs zu Punkt 4 c durch die Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ist erwünscht. – Frau Vierecke und dann Herr Freymark. – Frau Vierecke, bitte!

**Linda Vierecke (SPD):** Ja, vielen Dank! – Ich werde es auch kurz halten, weil ich glaube, wir haben tolle Anzuhörende – schön, dass Sie da sind! – Aber ich glaube, in den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass auch Berlin immer stärker unten den Folgen des Klimawandels leidet, und gerade Europa hat ja eine Zunahme an Hitzetagen. Das haben wir jetzt auch vielfach in Sachen BäumePlus-Gesetz diskutiert, und das ist nicht nur eine Herausforderung für die Lebensqualität in der Stadt, sondern eine ernsthafte Gefahr für die Gesundheit der Menschen, und ich finde ein ganz klassisches Thema, wo Gesundheit und Soziales eng beieinander sind. Deswegen diskutieren wir das in der Stadt und auch in diesem Parlament oder auch beim Senat, an so vielen Stellen, und das ist auch richtig. Deswegen würde ich mich freuen, wenn wir heute viel über Maßnahmen einer nachhaltigen Stadtplanung hören, da sitzt die Expertise am Tisch, aber Sie auch auf die soziale Komponente eingehen. Wir stehen, glaube ich, exemplarisch für viele Großstädte. Ich war selber auf Ausschussreise in Wien, auch wenn die da ganz viel machen, die haben dieselben Herausforderungen wie wir, in einer versiegelten Stadt Änderungen zu schaffen. Das ist eigentlich die große Herausforderung mit demselben Problem, dass da natürlich auch mehr immer Menschen wohnen wollen, und das sind quasi Dinge, die wir zusammenbringen müssen. Politik ist dafür da, Zielkonflikte zu lösen, aber auch eben gerade die Gesundheit der Menschen nach vorn zu stellen. Insofern ist es auch eine große Aufgabe der städtischen Umweltpolitik, der wir uns auch gern annehmen. Ich freue mich auf die Anhörung! – Danke!

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Danke, Frau Vierecke! – Herr Freymark, bitte!

**Danny Freymark (CDU):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Um es auch noch mal für unsere Anzuhörenden und die Gäste, auch an den Endgeräten transparent zu machen: Die Tagesordnung entsteht in der Regel durch gemeinsame Verabredungen. Das heißt, es war auch uns als Koalition sehr wichtig, dass wir die Möglichkeit haben, über den Antrag der Grünen, aber auch über die Möglichkeit einer Anhörung wirklich in einen breiten möglichen Dialog zu kommen. Das wird uns heute gelingen. Dafür bin ich sehr dankbar. Es gibt darüber hinaus

seitens der CDU-Fraktion seit Juli den Wunsch eines – – Wir haben ein eigenes Papier verabschiedet zum Thema Hitzeaktion, weil diese Kritik, die sehe ich tatsächlich, wir vielleicht auch zu lange brauchen in der Erstellung von geeigneten Maßnahmen. Also der Hitzeaktionsplan, dass der fast anderthalb Jahre beansprucht von der Idee bis zur Veröffentlichung, das empfinde ich als zu lang. Das bedeutet aber im gleichen Atemzug doch nicht, dass nicht parallel in den bezirklichen Ordnungsämtern, in den örtlichen Grünflächenämtern, im Senat Dinge getan werden. Deswegen würde ich gern das eher beleuchten, was schon getan wird, was wir intensivieren müssen, was können, was müssen wir vielleicht sogar tun, dann gern auch mit einem Hitzeaktionsplan, der von allen hier nicht nur zur Kenntnis genommen wird, sondern vielleicht gemeinsam weiterentwickelt wurde. – Vielen Dank, und ich freue mich auf die Anzuhörenden!

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Danke, Herr Freymark! – Ist eine einleitende Stellungnahme des Senats zu diesem Punkt gewünscht? – Nein, erst mal nicht. – Ich möchte nun den Anzuhörenden das Wort geben und Sie bitten, Ihre Stellungnahmen nach Möglichkeit auf fünf Minuten zu beschränken, damit im Anschluss die Möglichkeit besteht, die Fragen der Abgeordneten zu beantworten. – In alphabetischer Reihenfolge hat zuerst Herr Bürck-Gemassmer das Wort. – Bitte schön!

**Max Bürck-Gemassmer** (KLUG – Deutsche Allianz Klimawandel und Gesundheit e.V.; stellv. Vorsitzender): Vielen Dank für die Einladung! – Ich habe ein paar Folien mitgebracht, die ich gern zeigen möchte. – Ich bin ja eingeladen worden, um ein Stück weit die Gesundheitsperspektive darzustellen. Die Deutsche Allianz Klimawandel und Gesundheit beschäftigt sich damit, und wir befinden uns ja sozusagen am anderen Ende, wir sind diejenigen, die die Folgen des Nichthandelns besonders stark spüren, und das betrifft den Gesundheitsbereich, aber auch den Sozialbereich und vor allem auch die Pflege, die ja hier zum Teil mit der AWO auch vertreten ist.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Eine notwendige Maßnahme, die wir als dringend ansehen, ist Klimaschutz, um einen weiteren Temperaturanstieg zu verlangsamen. Das ist zwingend notwendig, wir werden sonst vom Gesundheitsbereich dieser Aufgabe nicht gerecht werden können. Wir müssen die Hitzebelastung reduzieren. Ich habe hier die Karte von Berlin aus dem Umweltgerechtigkeitsatlas. Wir brauchen diese grün-blaue Infrastruktur, um auch städtische Wärmeinseln zu reduzieren. Wir brauchen aber auch Schutzräume, zum Glück sitzt hier auch jemand von der Architektur-, der Landschafts- oder auch Stadtplanung, und wir müssen die Hitze auch als soziales Problem sehen, wenn wir gerade aus Paris oder Frankreich lernen wollen. Wir brauchen aufsuchende Hilfen, und wir müssen diese vielen Win-win-Effekte, die mit der Verbesserung der sozialen Infrastruktur verbunden sind, was Pflege oder Einsamkeit betrifft, mit bedenken.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Hitze gefährdet alle, aber wer muss besonders geschützt werden? – Das sind ganz besonders die älteren Menschen. In Paris 2003, bei dieser relativ schlimmen Hitzewelle, die dort Frankreich erwischt hat, waren 90 Prozent der Menschen, die an hitzebedingten Folgen gestorben sind, ältere Menschen, die allein zu Hause in ihren Wohnungen waren. Deswegen ist die Gruppe mit dieser Kombination soziale Isoliertheit und niedriger Sozialstatus ganz besonders

betroffen. Aber es sind eben auch Kinder und Menschen, die im Freien arbeiten. Es gibt sehr viele Auswirkungen auf Gesundheit und auch Produktivität. Das zeigt der DRK-Gesundheitsbericht 2024. Zwei Drittel der Erwerbstätigen sehen ihre Leistungsfähigkeit durch Extremtemperaturen eingeschränkt. 20 Prozent der Erwerbstätigen hat gesundheitliche Probleme bei Hitzewellen, und wir haben eine Gefährdungssituation in der Regelversorgung, weil Pflegekräfte ganz besonders von Hitzebelastungen betroffen sind, und wir haben jetzt schon eine Situation im Pflegebereich, wo wir 2024 nach der Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft 46 000 nicht besetzbare Stellen hatten.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Wir haben 2022 das Aktionsbündnis Hitzeschutz gegründet, weil wir gesagt haben: Wir müssen ins Handeln kommen. Wir können nicht warten, bis Pläne geschmiedet sind, die dann irgendwo möglicherweise auch in Schubladen liegen. Wir haben das zusammen mit der Ärztekammer und dem Gesundheitssenat gemacht. Wir haben eine Warnkette aufgebaut.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

–, und wir haben Hitzeschutzpläne entwickelt, und wir haben uns dort sehr stark an Wien orientiert, weil die dort einfach einen Schritt weiter sind, das seit zehn Jahren betreiben. Diese Hitzeaktionspläne sollen weit gestreut werden, sollen in den Einrichtungen angepasst werden.

Hitzeaktionspläne haben verschiedene Stufen. Ich habe das hier aus der Arbeit von 2017, die dort entwickelt wurde und 2021 dann weitergeführt wurde, aufgezeigt: Wir brauchen Maßnahmen, die sofort greifen, wenn eine Hitzewelle kommt, aber wir brauchen eben auch diese langfristigen Maßnahmen. Leider ist die Situation in Deutschland so – ich habe noch mal reingeschaut am 8. November –, 34 Kommunen deutschlandweit haben Hitzeaktionspläne, nur acht Landkreise und nur fünf Bundesländer, und auch Deutschland selber hat noch keinen flächendeckenden Hitzeaktionsplan.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Was ist ein Hitzeaktionsplan? – Wir brauchen eine zentrale Koordinierung und interdisziplinäre Zusammenarbeit, und deswegen auch mein Aufruf hier an die Runde: Wir brauchen diese Kooperation, und wir brauchen im Grunde auch eine überparteiliche Zusammenarbeit, um das gewuppt zu kriegen! Das ist eine sehr große Aufgabe, und die können einzelne Fraktionen alleine nicht bewältigen. Wir haben diese langfristigen Planungen, darum geht es ja heute hier. Die sind dringend notwendig, aber die wirken nicht sofort, und deswegen brauchen wir auch Planungen im Bereich des Gesundheitssystems und auch einen Fokus auf Risikogruppen. Wir brauchen dieses Warnsystem dringend, und wir brauchen natürlich diese allgemeinen Maßnahmen, an denen sich alle beteiligen müssen. Wir brauchen Information, Kommunikation und dann auch eine Evaluation.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Lernen von Frankreich, heißt, dass wir dorthin schauen können. Frankreich hat 2003 nach dieser Hitzewelle einen Schock erlitten, weil dort 17 000 Menschen gestorben sind, und Paris sehr stark betroffen war, das habe ich schon gesagt. Der Fokus dort ist sehr schnell auf soziale Problematiken gelegt worden. Hitze wurde als soziales Problem verstanden, und das hat einen

guten gesellschaftlichen Zusammenhalt geschaffen. In Deutschland schauen wir sehr stark auf Wärmeineffekte, auf Hitzeexpositionen im öffentlichen Raum. Damit erreichen wir nicht die alleinlebenden alten Menschen zu Hause, das muss klar sein. Das heißt, es reicht nicht aus, was hier passiert.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Wir brauchen eine gesetzliche Verpflichtung zur kommunalen Hitzeaktionsplanung. Wir brauchen einen gesundheitlichen Hitzeschutz als Querschnittsaufgabe. Wir brauchen breite Öffentlichkeitskampagnen. In Frankreich wurde ein lernendes System eingeführt. Es gab schon 2006 die erste Evaluation, die gezeigt hat, dass das System funktioniert und dass die Übersterblichkeit in der Zielgruppe, die dort erst mal ins Blickfeld gerückt wurde, die Menschen über 75, deutlich reduziert wurde,.

Wir brauchen ein Verständnis von Hitze als soziales System. Wir brauchen soziale Netzwerke, und es hat sich gezeigt, dass dort vor allem die Sozialverbände gefordert sind und dass Menschen aus der sozialen Arbeit besondere Erfolge erreichen, wenn sie dort in die Quartiere gehen und proaktiv mit Teams Menschen kontaktieren. Es gibt eine Herausforderung, die man daraus für die Stadtplanung ableiten kann: Bei der baulichen Infrastruktur muss das Soziale mitgedacht werden, wir brauchen Begegnungsstätten, Nachbarschaftstreffpunkte. In der Stadtplanung müssen wir Voraussetzungen schaffen, die Nachbarschaften fördern und dafür sind Grünflächen, die fußläufig erreichbar sind, sehr wichtig, um auch dezentrale resiliente Hilfesysteme zu unterstützen. Wir brauchen Schutzräume, wenn wir eine Hitzewelle bekommen, wie sie beispielsweise in Kanada passiert ist. Ich habe Verwandtschaft in Kanada und habe das relativ nah mitbekommen. Wenn wir hier Temperaturen an die 50 Grad haben, sind wir in Deutschland nicht vorbereitet, dazu gibt es mehrere Gutachten, die das sehr klar zeigen, und wir brauchen grün-blaue Maßnahmen, die sozial gerecht und nachbarschaftsdienlich sind.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Frankreich hat 2023 ein Szenario in zwei Stadtviertel durchgespielt, Paris bei 50 Grad, was da passiert. Wir sehen hier, ich zeige das nur mal, um zu zeigen, wie viele Akteure dort zusammengekommen sind und zusammengearbeitet haben, und wir fordern zusammen mit der Bundesärztekammer, dass auch in Deutschland solche Schutzkonzepte entwickelt werden, die einer extremen, langanhaltenden Hitzewelle auch gerecht werden können. – Vielen Dank!

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Danke schön! – Als Nächster ist Herr Bürgel an der Reihe. – Bitte!

**Oliver Bürgel** (AWO Landesverband Berlin e.V.; Landesgeschäftsführer): Danke schön! – Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Sehr geehrte Abgeordnete! Liebe Mitanzuhörende! Als Vertreter eines Spitzenverbandes der Freien Wohlfahrtspflege schaue ich mit besonderem Blick auf die Gruppen, die von den klimatischen Veränderungen in Berlin am stärksten betroffen sind und auf die Einrichtungen, die diese Menschen tagtäglich versorgen. Die längeren und intensiveren Hitzeperioden in Berlin sind durch Klimaveränderungen verursacht. Diese stellen eine Gefahr für Menschen in dieser Stadt dar.

Im Fokus des Schutzes vor Hitze stehen für uns drei Gruppen: ältere Menschen, Menschen, die überwiegend auf der Straße leben, und Kinder, und natürlich die sozialen Infrastrukturen, die für ihren Schutz und für ihre Teilhabe sorgen.

Als Arbeiterwohlfahrt in Berlin engagieren wir uns im Aktionsbündnis Hitzeschutz und nehmen die aktuellen Bemühungen der Landesregierung und des Parlaments mit Anerkennung wahr, zum Beispiel das Aktionsbündnis als solches, die Kampagne Bärenhitze oder die Hitzehilfe für obdachlose Menschen. Diese Initiativen zeigen, dass das Thema zumindest angekommen ist. Aber wir wissen auch, dass Einzelmaßnahmen nicht ausreichen. Hitzeschutz braucht Strukturen, Koordination und Verbindlichkeiten.

Deshalb blicken wir heute mit besonders großem Interesse auf den Stand der Berliner Hitzeaktionspläne. Es ist richtig, dass Hitzeschutz lokal unterschiedlich aussehen muss, aber wir werden nicht umhin kommen, eine verlässliche bezirksübergreifende Umsetzung mit klaren Mindeststandards zu schaffen. In der Folge möchte ich auf die gerade genannten Gruppen eingehen und ein paar Gedanken dazu hervorheben.

Ältere Menschen: Ältere Menschen leiden besonders unter den Folgen von Hitze. Dies ist unter anderem bedingt durch eine mögliche Einschränkung in der Mobilität und einem verminderten Durstempfinden. Ältere merken negative Folgen von Hitze nicht immer beziehungsweise fühlen sich von Hitze nicht betroffen. Gerade die eingeschränkte Wahrnehmung von Hitze kann negative gesundheitliche Folgen bis hin zum Tod durch Hitze verursachen. Vor diesem Hintergrund verdient diese Gruppe unsere besondere Beachtung im Hitzeschutz. Gemeinsam mit dem Aktionsbündnis Hitzeschutz engagieren wir uns dafür, über Hitzeeinwirkungen aufzuklären, um sich selbst vor Hitze schützen zu können. Im öffentlichen Raum braucht es vor allem eine gute Trinkwasserversorgung oder barrierefreie kühle Orte, die ihre Türen öffnen, und man um sie weiß, oder Verschattung von Haltestellen im öffentlichen Nahverkehr.

Wir müssen das Private stärker in den Blick nehmen, denn Klimaanpassung betrifft nicht nur Parks und Straßenräume, sondern auch Wohnräume. Wir werden die Wohnräume in Berlin, egal ob in Grunewald oder Frankfurter Allee, nicht ad hoc und flächendeckend an die veränderten klimatischen Herausforderungen anpassen können. Somit müssen wir darüber sprechen, wie wir die Menschen in diesen Räumen anderweitig unterstützen können. Hier braucht es einen gesamtgesellschaftlichen, solidarischen Ansatz: Aufklärung, Unterstützung und soziale Netzwerke, die einander im Blick behalten, zum Beispiel Nachbarschaften, die nicht nur Wasserflaschen liefern, sondern auch darauf achten, dass das Wasser wirklich getrunken wird.

Wir müssen als Stadtgesellschaft schnell Antworten finden, wie die erreicht werden können, die allein und mobilitätseingeschränkt zu Hause leben und an keine Nachbarschafts- und Hilfesysteme angebunden sind.

Eine zweite, stark betroffene Gruppe sind Menschen, die auf der Straße leben. Für die bedeutet die klimatische Veränderung doppelte Belastung – im Sommer durch Hitze, im Winter durch Kälte. Wir müssen beides zusammendenken. Neben einer verlässlichen Trinkwasserversorgung braucht es den Ausbau von Schutz- und Kälteräumen ebenso wie trockene, warme Räume in der kalten Jahreszeit, und wir sollten ehrlich prüfen, wie eigentlich die Unterkünfte für wohnungslose Menschen ausgestattet sind. Haben sie ausreichend Belüftung, Schatten und

Kühlung? Dabei ist zu beachten, dass die Wohlfahrtsverbände nur einen Teil dieser sogenannten ASOG-Unterkünfte betreiben, und die Wohlfahrtsverbände besitzen auch nur einen geringen Anteil dieser Gebäude. Hier besteht unserer Meinung nach dringender Erkenntnis- und auch Handlungsbedarf.

Was wir bei den älteren Menschen beobachten, gilt insbesondere auch für die Jüngsten. In unseren Kitas zeigt sich das jedes Jahr sehr konkret: Schlafräume, die zu heiß sind, ausgetrocknete Außenflächen, die wenig Schatten bieten, Kinder, die erschöpft wirken und Fachkräfte, die permanent improvisieren müssen. Hitzeschutz ist Kinderschutz und damit eine unmittelbare staatliche Schutzpflicht. Kinder gehören zu den besonders gefährdeten Gruppen. Vor allem kleine Kinder können Hitze nicht selbst regulieren, sie brauchen uns. Die Einrichtungen tun, was sie können. In einer unserer Kitas wird beispielsweise täglich der UV-Index abgelesen, aus den Ergebnissen werden konkrete Maßnahmen abgeleitet: eincremen, beschatten, Sonnenhut, Anpassungen im Tagesablauf. Das zeigt Engagement im Einzelnen, aber auch die Grenzen des Machbaren.

Gleichzeitig formuliert das Berliner Bildungsprogramm einen klaren Auftrag auch für Kitas: Bildung für nachhaltige Entwicklung. Ich zitiere: Auf der Grundlage von Menschenwürde, dem Erhalt natürlicher Lebensgrundlagen und fairen Chancen für kommende Generationen werden Kinder befähigt, ihre Welt zu verstehen und aktiv mitzugestalten. Selbstwirksamkeit, Beteiligung, ressourcenschonendes Handeln werden in den Alltag vielfach erfahrbar. Kitas leisten damit bereits heute einen Beitrag zu Klimaschutz und Klimaanpassung, pädagogisch, wertorientiert und alltagsintegriert.

Doch dieser Auftrag braucht verlässliche Rahmenbedingungen, denn bislang sind zentrale Maßnahmen des Hitzeschutzes oder des Klimaschutzes in der Kitafinanzierung nicht systematisch hinterlegt. Beschattungen, Sonnensegel, Wassertrinkstellen, Innenraumbelüftung, hitzerobuste Außengebäude oder Außengelände, all das und noch viel mehr sind notwendige Voraussetzungen für einen sicheren, pädagogisch gut gestalteten Alltag. Kitas sind Orte, an denen Kinder täglich viele Stunden verbringen. Hohe Verweildauer bedeutet hohe Verantwortung, und diese Verantwortung muss politisch abgesichert werden.

Für Berlin insgesamt heißt das: Wir brauchen einen verbindlichen, berlinweiten Hitzeschutzstandard für soziale Infrastruktur. Dazu gehört, Mindestanforderungen für beziehungsweise Verschattung, Kühlung und Trinkwasserversorgung finanziell unterlegt, mehrjährige Investitionsprogramme für Gebäude und Außenflächen sozialer Einrichtungen. Hier nenne ich als Stichwort nur das Sondervermögen des Bundes, und das, was dort mitgedacht wird oder nicht mitgedacht wird, und verbindliche Hitzeaktionspläne. So schützen wir nicht nur Kinder, ältere und wohnungslose Menschen, wir stärken auch Resilienz und die soziale Infrastruktur insgesamt.

Als Arbeiterwohlfahrt stehen wir für die praktischen Erfahrungen, die wir einbringen können in den Kiezen, den Einrichtungen, aus der Arbeit mit den Menschen, die besonders betroffen sind. Hitzeschutz gelingt nur gemeinsam: Land, Bezirke, Wohlfahrtsverbände und die Zivilgesellschaft. – Danke!

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Danke, Herr Bürgel! – Dann ist Frau Erke dran. – Bitte!

**Katja Erke** (Architektenkammer Berlin): Vielen Dank für die Einladung! – Ich habe auch ein paar Folien mitgebracht. – Ich bin hier für die Architektenkammer Berlin. Ich bin freischaffende Landschaftsarchitektin und seit diesem Jahr gewähltes Mitglied der Vertreter- und Vertreterinnenversammlung und auch Mitglied im Arbeitskreis Nachhaltiges Planen und Bauen der Architektenkammer in Berlin, und wir freuen uns über dieses Gesprächsangebot!

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Wie wir gerade schon gehört haben, ist die Architektenkammer seit 2025 Kooperationspartnerin im Aktionsbündnis Hitzeschutz. Gemeinsam mit Herrn Bürck-Gemassmer, gab es in diesem Jahr schon eine Veranstaltung in der Architektenkammer. Wir haben zusammen eine Handlungsempfehlung entwickelt „A wie Hitzeschutz“ und haben da sehr stark von dieser fachübergreifenden Zusammenarbeit im Bauwesen mit der Gesundheitsvorsorge und anderen Partnern profitiert.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

In der gemeinsamen Handreichung können wir nämlich als Baubranche für Außen- und Innenraum ganz konkret zeigen, wie das funktioniert und was es auch schon gibt. Die Unterlage haben Sie auch schon erhalten, wir haben das mitgeschickt. Ich habe hier aber auch noch Postkarten, durch die es möglich ist, mit dem QR-Code diese online abzurufen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Hitzeschutz geht uns alle an, wie wir gerade gehört haben, und in dieser Handreichung werden konkrete Themen angesprochen und auch mit Projektbeispielen und Checklisten hinterlegt, sodass man von dieser Handreichung aus sofort ins Arbeiten kommen kann.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Wir haben gerade schon von den gesundheitlichen und sozialen Aspekte gehört, das ist auch der Vorteil unseres Bündnisses, dass wir uns hier so schön ergänzen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

In der Debatte vorher zu den Bäumen haben wir schon gehört, dass es ganz wichtig ist, dass wir hier keine isolierten Lösungen haben können, dass hier fachübergreifend und konzeptionell zusammengewirkt werden muss. Es gibt schon ganz viele wichtige Grundlagen in Berlin, und integriert planen bedeutet eben, neue Kooperationen und Netzwerke zu bilden. Hier müssen jetzt lose Einzelteile zusammengeführt werden. Deshalb ist es auch so wichtig, dass der Hitzeaktionsplan noch 2025 verabschiedet wird, nächsten Sommer sollen doch schon konkrete Maßnahmen möglich sein.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Hier sieht man eine beispielhafte Checkliste auf verschiedenen Ebenen für Berlin, wie wir uns das als Aktionsbündnis oder als Zusammenarbeit dieser Kammern vorstellen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Ein Aspekt ist im Wortsinn grundlegend: Wir müssen den Wert der Ressource Boden erkennen und nutzen. Offene naturnahe Böden sind voller Leben. Sie kühlen durch Verdunstung, statt sich aufzuheizen wie Asphalt und Beton.

Sie lassen Regen und Schmelzwasser versickern, speichern Wasser für Trockenphasen, entlasten die Kanalisation und verringern die Gefahr urbaner Überflutung, und sie sind die Grundlage für mehr Grün in der Stadt. Vegetation bringt Schatten und Verdunstungskühle in der Stadt. Gut mit Wasser versorgtes gesundes Grün ist das vielleicht schärfste Schwert im Kampf gegen die Hitze. Grün isoliert, hält Wärme ab, kühlt durch Verdunstung, kühlt durch Schatten, und ein einziger Laubbaum verdunstet schon bis zu 400 Liter Wasser am Tag. Von daher begrüßen wir sehr das BäumePlus-Gesetz und fordern die Umsetzung nicht auf Kosten von anderen Klimaanpassungsmaßnahmen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Hier ein Best-Practice-Beispiel aus Madrid: Hier wurde eine Autobahntrasse in einen Park und einen renaturierten Fluss übertragen, ein sehr inspirierende Projektbeispiel, gerade auch für Berlin.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Die Regenwasseragentur und Grün Berlin leisten großartige Arbeit und verdienen unsere volle Unterstützung, in Berlin Regenwasser zu managen. Das Thema Schwammstadt ist in vielen Ebenen schon präsent und wird umgesetzt. Das muss weiter gefördert werden. Wasser ist die Ressource der Zukunft, und aus Sicht der Experten wird es CO<sub>2</sub> an Stelle Nummer 1 ablösen. Wir müssen sehr sorgsam mit dieser Ressource umgehen und damit sofort beginnen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

So, wie zum Beispiel beim Projekt Atelier Gardens in Tempelhof-Schöneberg. Dort wurden vollversiegelte Flächen in einem Gewerbegebiet aufgebrochen. Wir finden dort heute einen sehr grünen Garten mit Schatten. Das Ganze funktioniert komplett autark. Es kommt kein Wasser mehr aus diesem Grundstück heraus. Alles wird wieder verwendet und ist gleichzeitig ein Wirtschaftsinnovator, ein Standort für neue nachhaltige Unternehmen, die sich dort gegenseitig ergänzen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

In der gesunden Stadt gibt es Rückzugsräume, kühle Orte, Sicherheit in Hitzeperioden für alle. Parks und öffentliches Grün leisten hier einen wichtigen Beitrag. Ich verweise hier noch mal auf das Konzept 3-30-300. Jeder Mensch sollte von seinem Fenster aus drei Bäume sehen, 30 Quadratmeter Grünfläche pro Einwohner und alle 300 Meter eine qualifizierte Freifläche zur Erholung. Auch in den Gebäuden sind sichere Kühlräume auszuweisen und in den Aktionsplänen sicherzustellen. Arztpraxen, Kitas, Krankenhäuser müssen entsprechend ausgerüstet werden, wie wir gerade schon gehört haben.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Ein gelungenes Beispiel für eine spielerische Abkühlung ist die Plansche in der Singerstraße vom Landschaftsarchitekturbüro Levin Monsigny. Landschaftsarchitektur ist eine wesentliche Disziplin bei Planungsstrategien zum Hitzeschutz und bei allen Themen der Klimaanpassung. Hier darf nicht gespart werden, weder an den Maßnahmen wie bei den aktuell anstehenden BENE-Kürzungen, die die Architektenkammer kritisiert. Es müssen hier Investitionen erfol-

gen, und wir sparen damit viel Geld in der Zukunft, auch im Gesundheitswesen, das durch diese Maßnahmen schon auf dem Weg ist und was jetzt aktuell gestoppt werden sollen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Die Architektenkammer gemeinsam mit der Ärztekammer und den anderen Partnern im Aktionsbündnis sehen die Chance im gesunden Haus. Dies können einfache Häuser sein. Wir sind in Gesprächen über den Gebäudetyp E. Die Planung soll gemeinsam erfolgen. Alle Disziplinen der Architektenkammer wirken gemeinsam zum Thema Hitzeschutz mit: die Stadtplanung, die Architektur, die Innenarchitektur und die Landschaftsarchitektur.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Ein kühlendes sicheres Haus, das Schutz bietet und nicht dem Klimawandel selber durch seine Bauweise antreibt, funktioniert mit einfacher gesunder Haustechnik. Das ist im Wohnen ein ganz zentrales Thema. Hier gilt es, mit kühlem Kopf zu planen und nicht den Bauturbo um jeden Preis durchzusetzen, sondern sich zu überlegen, was wirklich sinnvolles Wohnen bedeutet. Wir hoffen da als Architektenkammer auf weitere Diskussionen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Die Reifeprüfung zu diesem Thema hat mit 22 Jahren das Lise-Meitner-Haus in Treptow-Köpenick bestanden. Die Bauherrin war das Land Berlin für dieses wegweisende Projekt, damals vertreten durch die Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur. In diesem Hochschulgebäude für experimentelle Physik führen IT und Labore zu einer sehr hohen Wärmelast. Das Kühlkonzept des stadtökologischen Modellvorhabens setzte deshalb bereits zur Jahrtausendwende auf einen Low-Tech-Mix aus Verschattung, Verdunstung und adiabater Luftkühlung. Das bedeutet, dass die Wärme in Wasser umgewandelt wird, was wiederum für andere Zwecke im Gebäude verwendet werden kann. Dies ist ein Vorbild an der Haustechnik und in der Umsetzung einfacher Bauweisen, aber es zeigt auch die Vorbildfunktion, die die öffentliche Hand als Bauherrin innehat und welche Strahlkraft das dann auch über viele Jahrzehnte haben kann.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Die Architektenkammer steht auch weiter mit allen Partnern des Aktionsbündnisses Hitzeschutz gerne als Ansprechpartnerin bereit, und auch für andere Themen würden wir uns über den Austausch mit der Politik freuen und stehen dafür bereit. – Danke!

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Danke, Frau Erke! – Frau Dr. Grützmacher, bitte!

**Dr. Gesche Grützmacher** (Berliner Wasserbetriebe; Technikvorständin): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Sehr geehrte Mitglieder des Umweltausschusses! Ich freue mich, dass ich an dieser Stelle noch ein bisschen zum Thema Wasser ergänzen kann. Das waren tolle Bilder von Frau Erke, viel Grün, aber auch viel Wasser, und aus Sicht der Berliner Wasserbetriebe ist es natürlich so, dass Wasser und Hitzeschutz sehr eng zusammengehören.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Wasser und Hitzeschutz gehören zusammen. Wir haben auf der einen Seite die Trink-, die Zier- und die Notbrunnen wie auch die Refill-Stationen – das sind die kleinen blauen Punkte auf der Karte, die wir hier unten sehen –, aber auch die Grünflächen. Die erzeugen Verdunstungskühle und sind präventiv in Bezug auf Hitze. Dazu gehören auch die Wasserschutzgebiete, und die umfassen immerhin fast ein Viertel der Fläche Berlins. Für einen effektiveren Hitzeschutz auch in der Innenstadt brauchen wir aber Entsiegelung und eine dezentrale Regenwasserbewirtschaftung. Das haben wir uns gerade eben auch schon angeschaut.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Zunächst einmal zu den Brunnen in ihren verschiedenen Formen. Sie bieten stadtweit Erfrischung und Abkühlung nicht nur an heißen Tagen. Wir haben einerseits die sogenannten Trinkbrunnen, die das Trinkwasser für unterwegs bereitstellen. Wir haben fast 250 dieser Trinkbrunnen derzeit im öffentlichen Raum, die im Sommer für kostenlose Erfrischung sorgen. An geeigneten Standorten wird das Wasser, das dort kontinuierlich fließt, für die Versickerung genutzt, also in Grünflächen versickert. Zudem haben wir mehr als 4 000 Wasserspender in öffentlichen Einrichtungen, und an denen stellen wir kostenlos stilles oder sprudelndes Wasser zur Verfügung.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Der zweite Punkt: Notbrunnen. Hier geht es darum, die leitungsungebundene Trinkwasserversorgung für Krisen- und Katastrophenfälle sicherzustellen. Seit diesem Jahr haben wir den Service hierfür übernommen, über 2 000 Stück sind das. Diese sogenannten Schwengelpumpen stärken die Resilienz, aber sie werden auch von den Bürgerinnen und Bürgern im Sommer genutzt, um Bäume dort zu bewässern, wo Wassernot herrscht.

Zierbrunnen und Planschen sind der dritte Pfeiler hier. Wir haben stadtweit über 270 Zierbrunnen, die von uns im Auftrag der Bezirke betreut werden. Aktuell machen wir das für neun Bezirke, aber bis 2028 werden alle zwölf Bezirke von uns betreut werden. Zierbrunnen, Planschen, Wasserfälle und Bachläufe erfrischen und kühlen die Umgebungsluft. Für diese Wasseranlagen nutzen wir, wo immer es möglich ist, einen geschlossenen Wasserkreislauf, um die Ressource zu schonen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Was machen wir mit dem Regen? – Regenwassermanagement ist – in diesem Kreis natürlich allen bewusst – sehr wichtig, um das Wasser, das über den Niederschlag in der Stadt fällt, zu nutzen und dem Wasserkreislauf wieder hinzuzufügen. Wir brauchen eine blau-grüne Infrastruktur. Derzeit laufen zwei Drittel des Regenwassers ungenutzt ab. Das bedeutet, dass dieses Wasser der Stadtnatur fehlt. Es fehlt auch für die Verdunstungskühle, und es fehlt auch dem Wasserkreislauf, denn es kann nicht versickern und für einen stabilen Grundwasserstand sorgen. Die Potenziale sind vorhanden, vor allem auf Grundstücken, manchmal auch auf Gewerbe- und Verkehrsflächen, und die öffentlichen Flächen haben hier wirklich eine Vorbildfunktion. Das ist ganz wichtig.

Die Abkopplung lohnt sich doppelt. Wir haben dadurch eine Entlastung des Kanalsystems, und zwar in überproportionaler Wirkung. Wir haben ausgerechnet, wenn wir 25 Prozent Flä-

chen Abkopplung im Mischsystem haben, dass wir dann eine Halbierung der Mischwasserüberläufe bei Starkregen haben. Das bedeutet, es ist wirtschaftlich lohnend, da die Kosten nur halb so hoch sind für den sonst nötigen Kanalausbau. Wir haben sozusagen da einen Kostenvorteil, aber auch im Trennsystem. Wenn wir dort abkoppeln, vermeiden wir Abflüsse und Stoffeinträge.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Wir müssen Regenwasser als Ressource sehen. Das Regenwasser ableiten war gestern. Ich glaube, das ist heute allen klar. Wir müssen Regenwasser speichern und für die Zukunft nutzen. Ab 2018 gilt das Versickerungsgebot bei Neubau, das heißt, da sind wir auch schon einen großen Schritt in die richtige Richtung gegangen. Seit 2018 gibt es auch die Regenwasseragentur, die wir zusammen mit der Senatsverwaltung für Umwelt betreiben und gegründet haben. Dort beraten wir, führen Seminare und Exkursionen durch. Wir unterstützen fachlich bei der Integration von Regenwasserbewirtschaftung in die Städtebauplanung, und seit diesem Jahr haben wir auch die „Blau-grüne Allianz“ aus SenMVKU, Grün Berlin, BIM und den Wasserbetrieben mitgegründet. Gemeinsam wollen wir hier effizient konkrete Schwammstadtprojekte umsetzen und so die Stadt wassersensibel und klimaresilient umgestalten.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Die Richtung stimmt, aber was müssen wir jetzt noch tun? – Klar ist, in Zukunft müssen wir die Infrastruktur, die Wasserinfrastruktur nicht nur blau und grau, sondern vor allem blau-grün denken. Wissen und Kompetenz für den Umbau zur klimaresilienten und hitzebeständigen Schwammstadt sind vorhanden, jedoch muss man natürlich aus Sicht unseres Betriebes sagen: Die Maßnahmen für Hitzeschutz und blau-grüne Infrastrukturen sind nicht oder nur eingeschränkt gebührenfähig. Dementsprechend brauchen wir einen klaren Auftrag, geregelte Finanzierung und klare Strukturen für die ressortübergreifende Zusammenarbeit, und das ist tatsächlich das, woran wir derzeit arbeiten, das gemeinsam mit der Senatsverwaltung, mit den Bezirken anzugehen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Hier zum Schluss unsere derzeitige Kampagne: „Wasser kann sich nicht alleine schützen. Aber du kannst es:“. Gehe sorgsam mit ihm um. Das heißt, alles was wir nicht an Trinkwasser verbrauchen, steht dann auch der Natur zur Verfügung. Mit dieser Folie möchte ich schließen und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Danke, Frau Dr. Grützmacher! – Jetzt kommen wir zur Aussprache. Ich habe hier eine Redeliste. Herr Dr. Efler, Sie haben das Wort!

**Dr. Michael Efler (LINKE):** Besten Dank, Herr Vorsitzender! – Schön, dass wir endlich zu der Anhörung gekommen sind. Es hat sich auch sehr gelohnt. Ich fand alle Beiträge sehr gewinnbringend. Wir haben mal wieder gesehen, dass Hitze eine riesige Problematik ist für die Stadt, aber auch eine soziale und ökonomische Frage ist. Das kam also sehr gut rüber. Das schließt sehr gut an die Debatten an, die wir auch zum Baumentscheid hier geführt haben.

Ich will, bevor ich einige Fragen habe an die Anzuhörenden und auch an den Senat und auch an die Koalitionsfraktionen, noch mal auf ein Projekt hinweisen, das ich ganz spannend finde, das gerade in Marzahn-Hellersdorf läuft, wo es im Rahmen eines Projektes „Klima trifft Kommune“ einen Bürgerrat gibt, der sich mit Maßnahmen zum Hitzeschutz auseinandersetzt und wo dann ein Teil der Bevölkerung, nämlich Marzahn-Nord, über die Umsetzung dieser Maßnahmen direkt entscheidet. Das halte ich für sehr innovativ, sowohl aus umwelt- als auch aus demokratiepolitischer Perspektive. Es wäre sehr spannend, wenn wir das häufiger in Berlin sehen würden.

Ich würde dann zu Herrn Bürck-Gemassmer kommen. Vielen Dank für Ihren Beitrag! Sie haben das Stichwort aufsuchende Hilfen gebracht. Vielleicht können Sie noch mal ausführen, was Sie mit aufsuchenden Hilfen meinten. Mich würde interessieren, es liegt ein Hitzeaktionsplan vom Senat vor, ob Sie den schon mal abgeglichen haben mit den Kriterien, die Ihre Organisation an Hitzeaktionspläne anlegt und ob er diesen Kriterien standhält. Das fände ich persönlich interessant.

Herrn Bürgel kann ich nur voll und ganz unterstützen im Sinne der Festlegung eines verbindlichen Hitzeschutzstandards für soziale Einrichtungen dieser Stadt. Ich glaube, das brauchen wir tatsächlich. Die Frage würde ich an den Senat weiterreichen, ob der Senat auch dieser Auffassung ist, dass es einen solchen Standard braucht und ob er sich möglicherweise auch schon an die Arbeit gemacht hat, einen solchen Standard zu entwickeln und ob das bei den Investitionen des Senats auch entsprechend berücksichtigt wird.

Frau Erke danke ich sehr für die Ausführung zur Flächengerechtigkeit und zur Entsiegelung. Ich glaube, das ist jetzt doch ein bisschen zu kurz gekommen. Auch das Beispiel aus Madrid fand ich sehr spannend. Während wir uns hier in Berlin, zumindest ein Teil der Koalition, sich nicht zu schade ist, hier eine weitere Schneise der Verwüstung in die Stadt zu schlagen mit der A100 und im Grunde genau das Gegenteil zu tun von dem, was wir eigentlich bräuchten, müssten wir sehr viel stärker über die Frage Entsiegelung nachdenken. Bei der Gelegenheit möchte ich auch der Grünenfraktion danken für den Antrag zur Entsiegelung, den wir hier auch auf der Tagesordnung haben. Ich weiß nicht, ob wir das noch abstimmen. Dem werden wir natürlich zustimmen. Das ist auf jeden Fall sinnvoll.

Frau Erke, an Sie habe ich noch zwei Fragen, und zwar würde mich zum einen das Thema Fassadenbegrünung noch mal interessieren, inwieweit mein Eindruck, wenn ich durch die Stadt gehe, täuscht oder nicht täuscht, dass wir da nicht wirklich vorankommen, dass da nicht viel passiert. Ich weiß es nicht, deswegen frage ich. Ich sehe nicht so viel mehr grüne Fassaden in der Stadt. Entweder täusche ich mich, oder wenn ich mich nicht täusche, dann frage ich mich: Warum ist das so, und was können wir tun, um dem entgegenzuwirken? – Dann eine Frage zur Bauordnung – ich denke, das ist ein Thema, das auch die Architektenkammer umtreibt –, ob wir nicht auch noch weitere Änderungen in der Bauordnung brauchen, um zu einer besseren grünen Infrastruktur auch baulicher Art zu kommen.

Frau Grützmacher! Auch an Sie einen herzlichen Dank für Ihre Ausführungen! Zum Thema Trinkbrunnen hätte ich noch eine Frage. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben wir 250 in Berlin. Wenn ich richtig informiert bin, hat Wien 1 600 und ist kleiner als Berlin, da bin ich mir sehr sicher. Deswegen frage ich mich, warum wir nicht deutlich mehr Trinkbrunnen ha-

ben und wie viele wir eigentlich bräuchten, um wirklich im Sommer flächendeckend ein Netzwerk aufzuziehen, das den steigenden Temperaturen gerecht wird.

Dann haben die Wasserbetriebe jetzt eine große Aufgabe bekommen, auch mit dem Baumschutzgesetz oder BäumePlus-Gesetz, auch zur Regenwasserabkoppelung. Sie haben es angedeutet, dass Sie da auch im Gespräch mit der Senatsverwaltung sind. Uns interessiert die Frage, inwieweit sich diese Aufgabe möglicherweise auch in Gebühren niederschlägt, oder gerade nicht. Das fänden wir total spannend. Das haben wir auch bei der Beratung zum Volksbegehren nicht wirklich zweifelsfrei klären können. Vielleicht ist das auch alles nicht hundertprozentig klar, aber vielleicht können Sie dazu etwas sagen. An den Senat die Frage zum verbindlichen Hitzeschutzstandard.

An die Koalitionsfraktionen hätte ich die Frage: Wir haben hier letztes Mal über die Haushaltsberatungen gesprochen. Wir haben zum Glück einiges zurückgenommen, aber ein paar Dinge stehen immer noch an. Die BENE-Kürzungen wurden angesprochen. Wird denn die Koalition die BENE-Kürzungen zurücknehmen?– frage ich Herrn Freymark und Frau Vier-ecke.

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Danke, Herr Dr. Efler! – Herr Freymark, bitte!

**Danny Freymark (CDU):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Das ist nicht abgesprochen gewesen, Herr Efler, dass ich direkt dazu antworten darf, aber ich nehme gerne kurz Stellung, und dann geht es natürlich um unsere Anzuhörenden.

Erster Punkt: Sie hatten das Thema des Bürgerrates angesprochen. Ich finde es auch gut, wenn Bürgerinnen und Bürger die Gelegenheit haben, mitzuwirken, vielleicht sogar mitzuent-scheiden, aber die tiefe Sehnsucht von Ihnen, teilweise auch von den Grünen mitgedeckt, dass andere für uns entscheiden, kann ich nicht nachvollziehen. Wenn wir Volksvertretung sein wollen, dann sind wir es doch bitte, und wenn dort Hinweise kommen an Sie oder an den Pe-titionsausschuss, bringen Sie diese Anträge ein. Ich sehe keine Notwendigkeit, in jedem Be-zirk einen Bürgerrat auf den Weg zu bringen, damit die Entscheidungen treffen, für die wir bezahlt werden. Das sage ich mal in aller Klarheit.

Zweiter Punkt ist das Thema der Entsiegelung. Da habe ich große Sympathien. Da geht meine Frage auch an den Senat. Wir haben immer mal wieder hier das Thema: Können wir anfangen bei den Schulen, bei den Kitas? – Ich bin ein Riesenfan von „Grün macht Schule – KinderGARTEN“, „Grün macht Schule“, wo Entsiegelungen und einiges mehr immer wieder vorangebracht werden. Wo stehen wir da? Was müssen wir da eigentlich gemeinsam an Mammutleistungen bringen? Es gibt die große Idee, dass nur noch dann gebaut wird, wenn an anderer Stelle entsiegelt wird. Das ist keine, die in der CDU-Fraktion mehrheitsfähig wäre, weil es bedeuten würde, wir können die Wohnbedarfe vieler Menschen nicht decken. Die Wohnbedarfe, lieber Herr Efler, sind den Linken nach meiner Wahrnehmung auch sehr wichtig, uns auch, und ja, Politik bedeutet, auch Zwänge miteinander in Konkurrenz zu haben und dann Entscheidungen zu treffen. Wir wollen, dass die Menschen gut leben können in dieser Stadt, aber wir wollen auch, dass sie gesund leben können, und dazu gehört das Thema, das wir gerade besprechen.

Dann habe ich mir während der gesamten Diskussion als erstes Wort „Zusammenhalt“ aufgeschrieben. Als ich die Anträge zu TOP 4 a, 4 b von den Grünen mir noch mal ein zweites Mal durchgelesen habe, würde ich zu der Erkenntnis kommen, dass die Berlinerinnen und Berliner weiter sind als die Grünenfraktion. Warum? – Vieles von dem, was Sie hier adressieren, machen Menschen selbstredend. Restaurants geben kostenloses Wasser aus. Die Büros sind geöffnet. Restaurants sind geöffnet. Die Zentren sind geöffnet. Ja, es kann noch viel mehr passieren, und darüber werden wir miteinander auch weiterdiskutieren, aber das, was Sie hier adressieren, ist insofern teilweise schon logischer Sachverstand, logische Menschenwirkung mit dem Hintergrund, das Richtige tun zu wollen.

Sie haben einen Punkt in Ihren Anträgen, wo Sie sagen, die Nutzung von Zierbrunnen zum Planschen et cetera und Kühlen von Händen. Weil Sie, Herr Lux, immer konkrete Beispiele mögen: Ich habe in Lichtenberg eine grüne Stadträtin, Frau Keküllüoğlu, die Sie auch schon öfter kritisch benannt haben. Ich will Ihnen da insofern recht geben, da habe ich zum Beispiel den Mühlenradbrunnen. Da ist eine Reparatur fällig. Die kostet 12 000 Euro. Das hat der Bezirk sieben Monate unterlassen. Ich weiß bis heute nicht, ob dieser Brunnen repariert wird. Das ist sehr bedauerlich, dass, wenn wir auf der einen Seite hier Dinge miteinander verabreden oder avisieren, wir sie aber faktisch in der Region, in den einzelnen Bezirken und Ortsteilen schlichtweg nicht umsetzen, das heißt, die Zielsetzung ist das eine. Ich würde Sie aber alle bitten, und den Auftrag sehe ich auch ganz klar bei uns als CDU-Fraktion, dass wir es dann konkret auch wirklich umsetzen.

Zu dem, was wir hier miteinander verabreden: Wir haben im Baumentscheid auch einen Passus, § 8, vielleicht ist Ihnen das noch gegenwärtig, wo wir Landeshitzeaktionspläne miteinander verabredet haben, übrigens auch für die zwölf Bezirke. Das, was hier avisiert ist seitens der Anzuhörenden, werden wir machen wollen, machen müssen.

Darüber hinaus haben wir die Situation, dass wir einiges schon durch Mittel des Landes umgesetzt haben, also zum Beispiel Sonnensegel, Verschattungen. Ich sehe das aber nur als einen Baustein, einen Beitrag zu den vielen gemeinsamen.

Herr Bürck-Gemassmer! Sie haben viele Dinge angesprochen, die ich sehr stark unterstützen will, insbesondere das Thema Grünflächen, Schutzräume, Klimafolgenanpassung habe ich mir auch dazu aufgeschrieben, tatsächlich uns als Stadtgesellschaft resilienter zu machen. Das will ich insbesondere unterstützen, und da sind wir für Ihre Ideen wirklich sehr offen. Sie haben mit der Präsentation, die wir auch nutzen können, schon einiges an Pflöcken eingerammt, aber lassen Sie uns auch im Nachgang, wenn der Hitzeaktionsplan dann durch den Rat der Bürgermeister durch ist, noch mal gerne in anderen Konstellationen wiedersehen und die Dinge miteinander besprechen. Das gilt aber auch für alle Anzuhörenden.

Frau Erke! Ob Sie es glauben oder nicht, das könnte eins zu eins ein Fraktionsbeschluss der CDU-Fraktion sein. Alles, was Sie geschrieben und gesagt haben, finden wir, ist ein starkes Signal. Auch wenn Sie schmunzeln, dann lade ich Sie noch mal ein, unsere Papiere gerne zu lesen. Herr Amelung wird sie Ihnen gerne noch mal zur Verfügung stellen. Das machen wir sehr gerne. Wir haben den Schwammstadtantrag gemeinsam mit dem Koalitionspartner auf den Weg gebracht, und wir haben das Thema der öffentlichen Begrünung, insbesondere auch der Pflege von Begrünung et cetera, auch noch als Diskussionspunkte.

Wo wir mit Sicherheit viel Potenzial haben, ist die Frage von Dachbegrünung, Fassadenbegrünung. Da gibt es übrigens auch immer wieder den einen oder anderen Kritiker. Was wir ganz toll mitunterstützen, auch mit der Stiftung Naturschutz, sind zum Beispiel Spundbandbegrünungen. Also es darf ganz viel passieren, und es passiert auch schon sehr viel.

Frau Grüztmacher! Vielen Dank, dass Sie das noch mal so ausführlich dargestellt haben, auch die Frage: Welchen Auftrag haben Sie eigentlich, und wie können Sie den umsetzen? Es ist, glaube ich, kein Geheimnis mehr, dass wir uns von Ihnen wünschen, dass Sie zu einer Art Generalmanager fürs Wasser werden. Das heißt nicht, dass Sie die Bäder-Betriebe übernehmen sollen – das, glaube ich, würde Ihnen nicht so gut gefallen –, aber wenn es wirklich darum ginge, und da haben Sie mit der Regenwasseragentur selber schon etwas auf den Weg gebracht – Sie haben bei den Trinkbrunnen immer selber Initiative gezeigt. Sie als Wasserbetriebe haben teilweise die Abgeordneten gebeten und getrieben zu sagen: Lassen Sie uns noch mehr machen. – Natürlich entstehen dabei auch ein paar Herausforderungen. Die Trinkbrunnen sind alle nicht mehr in Betrieb, logischerweise, weil sie ab Oktober/November nicht mehr laufen dürfen, laufen sollen. Aber das beschreibt schon so ein bisschen das Dilemma, nicht bezogen auf Hitzeschutz, aber generell auf den Zugang zu Wasser. Wie bekommen wir so etwas ganzjährlich hin? Wie können wir die Anzahl ausbauen? Natürlich ist eine Antwort darauf, auch mehr Gelder dafür zur Verfügung zu stellen.

Die Blau-grüne Allianz würde mich sehr interessieren. Vielleicht können Sie uns schon mal kurz daran teilhaben lassen: Was sind die ersten Arbeitsergebnisse, die ersten Verabredungen? Wo werden Sie den Gesetzgeber, wo werden Sie uns ganz konkret noch brauchen? Ein konkreter Tipp von Ihnen: 4 000 Wasserspender, Chapeau, Riesenleistung. Wie können wir diese Anzahl noch ausbauen? Was müssen Schulen, Kitas, der BER oder andere tun, um noch mehr Wasserspender in Anspruch zu nehmen? Wie sind die tatsächlich finanziert? Das würde mich auch noch mal interessieren.

An den Senat gerichtet: Wir haben sieben Kühlräume in Berlin, wenn ich richtig informiert bin, außer die Zahl hat sich in den letzten drei Monaten noch weiterentwickelt. Wer betreibt diese Kühlräume? Sind das Kooperationen? Sind das Private? Wie sieht eigentlich eine Ausweitung dieses Netzes aus? Wir haben es, glaube ich, von zwei oder drei Anzuhörenden gehört, dass es ein Wunsch wäre, da deutlich mehr anzubieten. Ich sage Ihnen mal offen, wie ich das empfinde: Wenn wir vielleicht 14 Tage im Jahr haben, wo es wirklich außergewöhnlich heiß ist, also so heiß ist, dass man sich draußen gesundheitsgefährdend bewegt, ist immer die Frage: Sind Aufwand und Nutzen ins Verhältnis gestellt, wenn wir Hunderte Kühlräume hätten, oder schaffen wir es, wie bei dem Toilettennetz zu sagen: Ja, es gibt 475 öffentliche Toiletten, aber es gibt 5 000 Toiletten in Hotels, in Restaurants, in Bürgerbüros, im Senat, im Abgeordnetenhaus? Das heißt, die Sicherstellung von Infrastruktur durch gute Partner, durch gute Kooperationen, durch ein effizientes Netz und nicht dadurch, dass wir sagen: Staat mach' mal, wir geben jetzt noch 5 Millionen Euro obendrauf und machen ganz viele Kühlräume. – Geld ausgeben können wir womöglich gut, aber die Frage ist, ob es uns an der Stelle wirklich dienlich ist. Da bin ich nicht festgelegt, aber ich will es als Diskussionseinwurf machen. Soviel von meiner Seite. – Vielen Dank für die Diskussion!

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Danke, Herr Freymark! – Frau Vierecke, bitte!

**Linda Vierecke (SPD):** Vielen Dank! – Vielen Dank vor allem an die Anzuhörenden! Es gibt sehr viele Punkte, wo ich auch ein paar Dinge nachhaken möchte. Vielleicht noch mal zu dem schönen Projekt aus Marzahn-Hellersdorf, das der Kollege Efler erwähnt hat. Bürgerräte für Beteiligung finde ich eigentlich auch unter dem Zusammenhaltaspekt, den Herr Freymark auch genannt hat, eine schöne Sache, weil ich glaube, zu erfahren, auch selbst bei mir in der Nachbarschaft, dass gerade ältere Menschen quasi alleine in ihren Wohnungen sind und dass das auch ein Punkt ist, wo wir ganz weit ins Private reinmüssen, nur eine Antwort sein kann, diesen Zusammenhalt zu stärken und Leute mitzunehmen. Insofern kann ich an Bürgerräten an dieser Stelle überhaupt nichts Negatives finden und begrüße es sehr, dass es ein solches Projekt gibt.

Meine Nachfragen an Herrn Bürgel: Können Sie eine Einschätzung geben? Sie haben sehr konkret gesagt, dass es viele Einrichtungen gibt, die tatsächlich keine Mittel haben für diese Hitzeschutzanpassungen. Haben Sie einen Überblick darüber, um wie viele Einrichtungen es sich handelt bei Kitas, Senioreneinrichtungen und Schulen? Geht es vor allem um Neubauten, die vielleicht in den letzten Jahren entstanden sind, oder um Altbauten? Ich kann aus dem Schulkontext ein Beispiel geben: Bei uns im Bezirk, in Pankow, gibt es Schulen, die neu gebaut wurden, die so schlecht an die Hitze angepasst sind, dass man eigentlich nachträglich etwas machen müsste. Neubauten – das sind Gebäude, die sind in den letzten fünf Jahren entstanden, und da haben wir immer noch massive Probleme. Das würde mich interessieren.

Ich kenne das Positionspapier der CDU, lieber Danny Freymark, zum Thema Hitzeschutz vom 6. Juli sehr gut. Das ist auch wirklich gut. Leider hat der CDU-geführte Senat keine zwei Wochen später einen Umwelthaushalt verabschiedet, der eine ganz andere Sprache spricht, und das muss man einfach auch noch mal sagen. Da finden sich natürlich viele Sachen, die Sie jetzt ansprechen, leider in den Aussagen nicht wieder.

38 Prozent Kürzung, das haben wir hier ausführlich diskutiert. Das betrifft auch den Punkt Klimaanpassung. Als kleinerer Koalitionspartner können wir an dieser Stelle heilen. Das haben wir auch versucht. Das haben wir auch miteinander gut hinbekommen, aber ich muss es noch mal sagen: Es ist ein Pflaster setzen. Wenn eine so strukturelle Verschiebung stattfindet, dann ist es wirklich sehr schwer. Ich halte das BENE für ein ganz wichtiges Förderinstrument. Das haben wir, Frau Erk, hier auch schon viel diskutiert. Wir haben als Koalitionspartner immer klargemacht, dass es nur einen Haushalt geben kann, wo das BENE wieder stärkere Berücksichtigung findet, sei es im Sondervermögen, das ist auch der Weg, der geplant ist, und ich sehe übrigens dasselbe fürs BEK, also nicht nur fürs BENE. Das sind unsere zentralen Programme, die wir in dem Umweltbereich haben, und das ist extrem wichtig.

Auch ein Thema, das angesprochen wurde, sind die Notbrunnen und Schwengelpumpen, von Ihnen Frau Grützmacher. Auch diese finde ich im Haushalt so nicht. Da eine Frage an Sie, inwiefern die Wasserbetriebe dort agieren können. Es ist so, dass wir sie stark in die Pflicht nehmen. Das weiß ich auch. Die vielen Aufgaben, die auf die Wasserbetriebe zukommen, das ist einfach – – Wir haben mit Ihnen natürlich ein starkes Unternehmen, und trotzdem wünsche ich mir, dass Sie noch mal formulieren, was Sie sich vom Senat wünschen.

An den Senat auch die Frage zu den Schwengelpumpen: Das ist Katastrophenvorsorge. Das ist ein Kernelement dieser Stadt, der funktionierenden Stadt, die gerne von der Umweltsenatorin hier angeführt wird. An der Stelle hat der Senat aber erst mal keine Vorsorge getroffen. Was macht das mit der Stadt?

Frau Grützmacher! Ich finde das Thema Wasser extrem wichtig. Das wurde von vielen anderen hier auch benannt. Das Thema Abkoppeln von Mischwassereinleitung. Wir haben das auch noch mal explizit im BäumePlus-Gesetz adressiert, und es wird auch finanziell hinterlegt. Welche Möglichkeiten sehen Sie da? Ich habe gelernt bei dem Thema: Letztendlich ist es ein Kampf um jedes Haus, aber wir müssen natürlich auch gucken: Wo können wir Punkte setzen? Ich denke immer an Stellen, wo wir quasi Mischwasser einleiten, dann auch noch in unsere Gewässer, und dann wieder versuchen, sie zu reinigen. Da beißt sich die Katze in den Schwanz. Wenn Sie vielleicht mal eine Prioritätensammlung machen könnten, wäre das wirklich sehr hilfreich. Wie schnell schafft man eine Flächenabkopplung – das ging so schnell mit der Folie –, diese 25 Prozent? Ich weiß, dass es immer um 1 Prozent pro Jahr ging oder so etwas, dass es das Ziel war von Mischwassereinleitung. Also würde mich wirklich interessieren, ob man da schneller vorankommt, wie gerade da der Stand ist, weil ich glaube, Mischwassereinleitung ist das Thema bei Regenwasser. Wenn wir da rangehen, haben wir wirklich einen anderen Wasserkreislauf, und ja, wir brauchen ihn auch mit der zukünftig sich ändernden Wasserzufuhr, die wir aus Brandenburg bekommen werden. – Maßnahmen für Hitzeschutz sind nicht gebührenfähig, haben Sie gesagt. Wie finanzieren Sie diese? Was wären dann die Vorschläge?

An die Verwaltung eine Frage zum Stand des Hitzeaktionsplans. Wann kommt der? Ich weiß, es ist eine schwierige Sache, auch weil zwölf Bezirke einbezogen sind, und das ist sicherlich kein einfacher Prozess, trotzdem die Frage nach dem Zeitplan. Ich hatte noch eine Frage offen. Die fällt mir vielleicht in der zweiten Runde wieder ein. – Ich bedanke mich!

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Danke, Frau Vierecke! – Herr Hansel, bitte!

**Frank-Christian Hansel (AfD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Auch von uns vielen Dank an die Anzuhörenden! Ich finde, wir müssen ein bisschen mit dem Wording aufpassen. Hitzeschutzmaßnahmen in Berlin müssen sein, das ist gar keine Frage, aber wir dürfen nicht den Eindruck in die Welt setzen, und das klingt manchmal so bei einigen alarmistischen Positionen, wir stünden kurz vor einem dauerhaften Notstand. Wir haben es in Paris gesehen. Da gab es mal eine Hitzewelle. Es gibt immer mal wieder Hitzewellen. Es gibt auch Kältewellen, aber es gibt nicht einen linearen Anstieg, dass wir hier in eine Katastrophe kommen und alle verbrennen, wie das manche hier immer gerne ventilieren. Diese Dramatisierung dient der Sache nicht, es helfen auch keine Maßnahmen, denn Hitze ist wie Kälte ein Naturphänomen.

Was fehlt, ist also nicht Alarmrhetorik, sondern praktische tatsächliche Anpassung, Stichwort Resilienz. Wir sind immer dafür. Das haben wir immer gesagt. Dafür geben wir auch Geld aus und sind voll bei der Sache.

Kollege Freymark hat es schon gesagt – jetzt ist er draußen: Vieles, was in dem Grünen-Antrag steht, ist der gesunde Menschenverstand, und da wird auch schon viel gemacht. – [Zuruf] – Ja, ist so. Die Restaurants geben zum Beispiel Hunden – – Die trinken daraus, und das wird angeboten. Das ist ein Punkt, den Sie aufgemacht haben. Es ist völlig normal, dass so etwas kommt. Das braucht man nicht behördlich oder wie auch immer verwaltungstechnisch verordnen.

Wenn wir über tatsächliche Herausforderungen sprechen, dann müssen wir aufhören, Statistik und Realität zu vermischen, besonders – jetzt sage ich das auch – beim alarmistisch klimapocalyptischen Narrativ in Sachen sogenannter Hitzetoten. Dazu komme ich gleich. Dazu lohnt sich ein Blick in die Regionen, die seit Jahrzehnten mit deutlich extremen Temperaturen schlichtweg leben. Ich sage nur Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate. Da sind 45 bis 50 Grad völlige Normalität, und trotzdem funktioniert der Alltag. Wirtschaft und Infrastruktur funktionieren reibungslos. Warum? – Weil man dort auf Technik setzt und nicht auf ideologische Debatten. Ich finde es schon krass, dass, wenn wir über Hitze reden, nicht einmal, von niemandem, das Wort Klimatisierung oder Klimaanlage fällt. Das kann es nun wirklich nicht sein, denn in diesen Ländern gelten, und das ist auch in den USA, in Miami, in Afrika, überall gibt es das, Klimaanlage als selbstverständlicher Teil der Daseinsvorsorge, so wie Heizung bei uns im Winter, völlig normal. Dass das hier überhaupt nicht diskutiert wird, dass das Wort noch nicht einmal genannt worden ist, da muss man sich wirklich fragen, in welchem narrativen Zusammenhang man hier spricht. Insofern setzen Katar und die Emirate auf – – Das hat auch Frau Erke gesagt. Das ist genau das, was wir auch machen müssen, was wir auch sagen, was wir auch mit Resilienz und Stadtplanung vernünftig verbinden: verschattete Wege, begrünte Innenhöfe – Sie hatten ein sehr schönes Bild dazu –, helle Fassaden, die weißen Dörfer in Andalusien. Alles ist weiß gestrichen, weil es reflektiert und kühlt. Das ist arabische Kultur. In Spanien ist das übernommen worden. Im gesamten Halbmond ist das so, alles völlig normale Geschichten, dann aber bei uns moderne Gebäudetechnik, Kältezentralen für Stadtviertel. Wir müssen uns schlicht anpassen, also das machen, was Frau Erke vorgestellt hat und was die Wasserbetriebe auch machen. Da sind wir auch dafür. Übrigens, die Kollegin Vier-ecke hat gerade die Schwengelpumpen angesprochen. Katastrophenvorsorge war unser Antrag mit den Trinkbrunnen.

Kurz zum Thema Hitzetote: Auch da sind wir völlig im Einklang mit dem, was gesagt worden ist. Es geht nämlich darum, dass es sich fast ausschließlich um alte Menschen handelt, Men-

schen mit schweren Vorerkrankungen oder um Personen, für die die medizinische Betreuung unzureichend ist. Diese Menschen sterben nicht wegen Hitze, sondern mit Hitze aufgrund ihrer Vorschäden. Diese Debatte hatten wir auch bei Corona. Im Rahmen der Aufarbeitung von Corona wird das immer deutlicher.

Insofern, wenn wir die Probleme ehrlich betrachten, ergibt sich eine einfache Schlussfolgerung: Das Ziel muss sein, vulnerable Menschen zu schützen durch medizinische Betreuung, Hydratation, funktionierende Klimaanlage in Pflegeheimen und eine robuste Infrastruktur auch in den Kliniken. Das ist doch logisch. Aber dass das Wort „Klimaanlage“ und „technische Gebäudeausrüstung“ in Sachen Kühlung überhaupt nicht vorkommt in dieser Debatte, möchte ich noch mal betonen.

Konsequenz für Berlin ist: Wenn wir Hitze ernst nehmen ohne Alarmismus, und diese Unterscheidung ist wichtig, dann müssen wir Pflegeeinrichtungen, Kliniken und Kitas zuverlässig klimatisieren, auch Kitas, das wurde völlig richtig angesprochen, was die Kinder betrifft, und den ÖPNV mit vernünftiger Kühltechnik ausstatten. Das geht auch in Wien. Das haben wir uns angeguckt als Fraktion, als wir in Wien waren. Da funktioniert die U-Bahn mit Kälte. Es heißt hier immer, das ist technisch unmöglich. Ich sage immer: Wo ein politischer Wille ist, ist auch ein Weg. Dann muss man es eben anders ausschreiben. Verwaltungsgebäude müssen ertüchtigt werden. Es muss dann auch hier Klimaanlage geben im Sommer beziehungsweise dann eingerichtet werden, und die bürokratischen Hemmnisse dafür müssen abgebaut werden. Ich wiederhole es noch mal: verschattete Wege, begrünte Innenhöfe, wie es hier genannt worden ist, helle Fassaden, moderne Gebäudetechnik, Regenwasserschwammstadt – völlig d'accord –, nur da müssen wir das Geld wirklich in die Hand nehmen und nicht woanders ausgeben. Schwengelpumpen habe ich erwähnt. Kältezonen in Stadtvierteln. Insofern runterfahren auf tatsächliche Anpassung, Resilienz, dann ist es wunderbar.

Ich möchte aber die Frage doch noch mal an die Anzuhörenden stellen: Wenn denn Katar und die Emirate extreme Hitze durch flächendeckende Klimatisierung beherrschbar machen, warum wird in Deutschland ausgerechnet die effektivste Hitzeschutzmaßnahme, also Klimaanlage, ideologisch abgewertet oder überhaupt nicht erwähnt? Das interessiert mich schon mal in dem Kontext. Warum setzen die Konzepte vor allem auf neue Programme und Koordinierungsstellen und Verhaltenskampagnen, aber kaum auf bauliche und technische Maßnahmen, die tatsächlich kühlend wirken? Das wäre es eigentlich von meiner Seite.

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Danke, Herr Hansel! – Herr Lux, bitte!

**Benedikt Lux (GRÜNE):** Vielen Dank erst mal dem Kollegen Hansel, dass er gesagt hat, der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen entspringt dem gesunden Menschverstand. – Zweiter Punkt: Klimaanlage fand ich auch interessant, denn meines Erachtens ist die Wärmepumpe eine, die sowohl die Elektrifizierung unseres Landes Richtung Zukunft mitbedingen würde und gleichzeitig kühlen kann, und das ist die Technologie, die Sie am meisten bekämpft haben – mit anderen. Die Wärmepumpe in der Gebäudetechnik könnte dann Gamechanger sein, aber das haben Sie und Rechte und Ihre Medien vor zwei, drei Jahren so verbrannt, dass man da erst wieder Vertrauen gewinnen muss. Das sind dann auch die Geister, die Sie riefen.

Während gerade die UN-Klimakonferenz in Brasilien tagt und die ärmsten Länder dieser Welt sagen, unsere Leute hauen ab, weil wir nicht das Geld haben und die Ölmilliarden wie Katar, es wird eine halbe Milliarde an Klimaflüchtlingen geben, von denen Sie dann vielleicht wieder mit Ihrer menschenfeindlichen Politik profitieren werden, die Sie aber eigentlich nicht wollen, sitzen Sie hier und sagen: Wir schaffen das alles schon, und das gibt es alles nicht, während die ganze Wissenschaft, schauen Sie sich die Zahlen an, deutlich macht, dass Hitzetage, Hitzewellen, Extremwetterereignisse et cetera steigen werden. Dies zur Vorsprache. Ich wollte eigentlich gar nicht so eskalieren, aber es ist wirklich schwer auszuhalten.

Ich habe eine Frage zur Resilienz und des Learnings der Bevölkerung selber. Herr Bürgel! Herr Bürck-Gemassmer! Sie sitzen da auch mehr an der Basis. Können Sie über die Einrichtungen, die Sie betreuen, sagen, hängt es da vom Zufall ab, hängt es von den Leiterinnen und Leitern ab, hängt es ab von den Bewohnerinnen und Bewohnern, den Eltern der Kitakinder, wann so etwas eingefordert und im Konkreten gemacht wird, oder wird es von oben vorgegeben, oder braucht es dazu besondere Anlässe wie besonders heiße Tage? Mich würde interessieren, jeder Mensch ist vernünftig genug, um eigentlich von selbst etwas zu trinken. Wir wissen, dass bestimmte Gruppen dazu Anreize oder mehr Hilfe oder Druck brauchen. Wann wird das gemacht, oder wie wird das vermittelt?

Eine ähnliche Frage – ich glaube, Herr Bürck-Gemassmer, Sie hatten die Hitzewellen drin und die Architektenkammer die in Chicago – würde mich interessieren: Die Nachwirkungen von einer Hitzewelle. Was ich gut verstehen kann als Laie, ist, dass es an ganz heißen Tagen große Risiken gibt, und war Akutrisiken. Aber wie wirkt sich das auf Dauer auf den menschlichen Organismus aus, wenn es nicht nur ein, zwei, drei Tage richtig heiß ist, sondern es mehrere Hitzesommer hintereinander gibt? Wie reagieren die Menschen darauf, auch gesundheitlich? Ich mache mir Sorgen um ganz alte Menschen oder Menschen, die sich nicht so gut ernähren, die sich auch nicht mehr viel Bewegung aussetzen. Wie lernen die, oder wie muss Politik da kommunizieren, damit das möglicherweise auch bewusster gemacht wird? Also erste Frage Gesundheit, Soziales. – Schauen Sie mal in Ihre Fraktion. Da gibt es auch ein paar Kandidaten, denen man das vielleicht auch erklären muss.

An die Architektenkammer zwei Fragen beziehungsweise vielleicht auch an die Wasserbetriebe. Diese Wasserkaskaden, die Sie auf einer Ihrer ersten Folie hatten, waren ganz schön. Ich vermute, die funktionieren über Pumpen und sind Spundwände. Oder war das bei Herrn Bürck-Gemassmer? Ich weiß es nicht. Das ist auch eher eine abstrakte Frage an die Wasserbetriebe. Wenn man quasi aus einem Oberflächengewässer, meinerwegen an der Spree, da macht man beim Stadtschloss nicht mehr so eine Teilspundwand oder keine Ahnung, was da steht, sondern so eine schöne Pumpe, die das Wasser verdunsten lässt et cetera, wie wirkt sich das auf den Gesamtwasserhaushalt aus? Ist das nicht auch Wasser, das dann verdunstet und für den Wasserhaushalt insgesamt nicht mehr zur Verfügung steht? Wie nachhaltig ist es, insbesondere wenn wir bei der Spree damit rechnen, dass da möglicherweise weniger Wasser durchkommt beziehungsweise – es ist ja eine schöne Sache – wie kann man dafür sorgen, dass das möglichst nachhaltig dahingesetzt wird zu einer Wasserkaskade? Gleiches gilt auch bei den Trinkwasserbrunnen et cetera. Ich hoffe, da gibt es nächstes Jahr mehr, dass die nicht abfließen.

Eine Frage an die Architektenkammer: Heißt es Phytosanierung? Ich habe das Wort in Ihrem Handout gelesen, in „A wie Hitzeschutz“. Da steht, ich kann gerne noch mal nachblättern, auf

Seite 17, dass Pflanzen behutsam und ohne Aushub Schadstoffe entziehen können. Wie muss man sich das vorstellen? Heißt das, man kann Pflanzen, also man muss gar nicht so viel entsiegeln, leicht ansetzen und dann den Boden durchlässiger machen und auflockern? Wenn es nicht heute beantwortet werden kann, dann gerne mal Kontakte austauschen. Ich freue mich sehr, dass man da auch ein paar fachliche Fragen in der Zukunft erörtern kann.

Zur Abkoppelung: Frau Dr. Grützmacher! Sie haben uns neulich, da haben wir als Grüne ganz lange nachgefragt, Frau Kollegin Tomiak und ich, und da wollte uns der Senat nie, ich weiß nicht, ob die Wasserbetriebe das nicht wollten, die Zahlen aufliefern, welche Abkopplungsprojekte nicht gemacht werden können. Jetzt haben sie das neulich das erste Mal drei, vier Projekte aufgeliefert, die wir in der Nähe des Landwehrkanals vermuten und auch noch ein größeres Rückhaltebecken, wenn ich das richtig erinnere, Hallesches Tor, weil der Senat dort nicht nur mehr Mittel nicht gibt, sondern auch Mittel kürzt beim Gewässergüteprogramm. Sie haben jetzt hier doch sehr eindeutig darlegen können, dass es einen Impact von 25 Prozent oder zumindest einen doppelten Effekt gibt, weil sie bei der Abkopplung einen mittelbaren Kühlungseffekt haben und weniger die Klärwerke belasten, wenn ich es mal technisch sage. Mich würde schon interessieren: Wo stehen wir eigentlich? Wie viele Projekte sind auf Hold? Das würde mich bei der Architektenkammer auch interessieren, Stichwort BENE 2. Uns sagt der Senat immer: Nein, wir haben kein Geld, und deswegen lassen wir die 40 Prozent EU-Förderung liegen, was keine schlaue Unternehmerin, kein schlauer Unternehmer machen würde, 50 Prozent Rendite liegen zu lassen. Das ist wirklich eine Katastrophe, wenn man halbwegs unternehmerisch für die Stadt denkt, und ich hoffe sehr, dass das noch gelöst wird. Die haben uns gesagt: Nein, fürchtet euch nicht, das betrifft nur zukünftige Projekte. – Jetzt höre ich von Ihnen zum ersten Mal, dass es auch laufende Projekte betrifft. Das haben Sie vorhin gesagt, wenn ich Sie richtig verstanden habe. Könnten Sie das noch mal konkretisieren oder auch im Nachgang noch mal sagen, denn da sind eventuell auch schon Verträge geschlossen worden. Da gibt es vielleicht schon Haftungsrisiken. Das sind vielleicht Leute eingestellt oder so, und das wäre für die weitere Auseinandersetzung noch mal von Bedeutung.

Ich komme gleich zum Schluss. Herr Staatssekretär! Wenn ich es richtig sehe, gibt es bei dieser Sonderversorgungsplanung, die noch relativ unverbindlich und recht dynamisch ist, ein größeres Ufersanierungsprojekt. Das müssten Sie als eigentlich zuständiger Verkehrsstaatssekretär wahrscheinlich auch besser kennen als ich. Ich habe es nur überflogen, aber es betrifft meines Erachtens die Spree zwischen Mühlendamm und Warschauer Brücke. Aber bitte jetzt nicht festnageln. Es ist auf jeden Fall ordentlich viel Spree, ordentlich viel Ufersanierung, die da geplant ist, und auch richtig viel Geld in der ersten Belegung, wenn das jetzt nicht von den Bäumen weggefressen wird, aber wir sind jetzt schon von 2 auf 1 Milliarde Euro runter, anyway, das ist auf jeden Fall der aktuelle Haushaltsstand. Es ist auch wichtig für die Stadt, dass Uferwege und die Ufermauern saniert werden. Können Sie da schon mehr zur Planung sagen beziehungsweise können Sie heute dem Haus zusichern, dass Sie da mit Blick auf den Hitzeschutz, mit Blick auf die blau-grüne Infrastruktur einen Prime-Standard anlegen und nicht so olle Stahlspundwände aus den Siebzigern umsetzen? Können Sie jetzt schon mehr sagen? Sie haben das ja irgendwie angemeldet. Es geht auch nur um mehrere Millionen Euro. Da, denke ich, werden Sie schon mehr dazu wissen. – Danke!

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Ich möchte an dieser Stelle alle Beteiligten daran erinnern, dass wir 11.45 Uhr, spätestens 11.50 Uhr fertig sein müssen, sollten, weil wir noch zwei wei-

tere Tagesordnungspunkte auf der Tagesordnung haben. – Frau Vierecke, Sie haben sich gemeldet. – Bitte!

**Linda Vierecke (SPD):** Ich mache es nur ganz kurz, aber ich kann das nicht stehen lassen, was die AfD-Fraktion wiederholt immer wieder bringt. Wir machen Hitzeschutz nicht aus dem Kontext heraus, sondern weil sich das Klima ändert in der Stadt. Dieses Argument, in Sevilla ist es auch warm oder wo auch immer, bringen Sie immer wieder, und wenn man es sich anschaut, auch dort gibt es Hitzetote. Natürlich kann man jetzt sagen, wir gestalten eine komplette Stadt um, aber in einer Welt mit Ressourcen ist auch das nicht möglich, sie zu einem zweiten Sevilla zu machen, und zweitens ist es so, dass in den südlichen Ländern die Herausforderungen dieselben sind, die wir haben. Klimaanpassung ist das eine, Klimaschutz ist das andere. Dagegen verwehrt sich die AfD und nimmt in Kauf, dass dadurch Menschen sterben. Das ist einfach so, und von daher verwehre ich mich dagegen.

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Danke, Frau Vierecke! – Es sind dieses Mal viele Fragen. Wir beginnen in umgekehrter Reihenfolge. – Frau Dr. Grütmacher, Sie haben das Wort!

**Dr. Gesche Grütmacher (Berliner Wasserbetriebe):** Wunderbar, vielen Dank! – Zunächst gehe ich auf die Trinkbrunnen ein, warum nicht so viele wie in Wien. Natürlich wäre es wünschenswert, hier mehr Trinkbrunnen zu haben. Wir können aus Kapazitätsgründen derzeit ungefähr 20 Brunnen pro Jahr bauen, aber wir müssen auch sagen, dass die Senatsverwaltung aktuell den Neubau komplett eingestellt hat. Die einzigen, die wir derzeit neu bauen, werden beauftragt von den Bezirken oder Firmen, Privatmenschen, die einen Neubau anstreben. Derzeit könnten wir mehr, wenn das Geld da wäre, aber mehr als 20 pro Jahr wird schon herausfordernd. Das heißt, es wird ein bisschen dauern, bis wir auf die 1 600 kommen, und ich weiß auch nicht, ob das unbedingt notwendig wäre.

Dann das Thema Baumentscheid, Regenwasserabkopplung: Kann sich die Aufgabe in Gebühren niederschlagen? – Das prüfen wir natürlich derzeit. Zum Teil ist es gebührenfähig, aber wie viel und wie hoch die Kosten insgesamt sind, da bitte ich einfach um ein bisschen Geduld. Wir tragen derzeit Kosten zusammen und versuchen natürlich auch, die Dinge gegenzurechnen, die wir sowieso machen würden oder die gegebenenfalls damit überflüssig wären. Das heißt, zu Kosten können wir nicht so viel sagen. Wichtig ist auch, es geht nicht nur um den Bau, es geht auch immer auch um den Betrieb. Auch blau-grüne Infrastruktur muss gewartet werden. Die Grünflächen müssen gepflegt werden, vielleicht auch mehr als in der Vergangenheit, und von daher muss man sich darüber auch Gedanken machen.

Es ging um das Thema „Blau-grüne Allianz“. Was machen wir dort? – Wir haben wirklich ganz konkrete Projekte laufen, gemeinsam mit Grün Berlin, mit der BIM. Zu nennen sind hier Projekte am Platz der Luftbrücke, am Rathaus und Marx-Engels-Forum, am Kulturforum und im Park am Gleisdreieck, am Technikmuseum, wo wir gemeinsam aktiv sind und uns anschauen, dass wir da eine schöne blau-grüne Infrastruktur bauen.

Herr Freymark! Zu den Wasserspendern: Es gibt eine Website. Dort kann man sich informieren, was es kostet, wenn man sich einen aufstellt. Man kann ihn entweder mieten oder kaufen, und da kann sich jeder bei uns gerne melden.

Frau Vierecke! Zum Thema Notbrunnen: Die sind nicht im Haushalt. Das ist richtig. Da sind wir aber derzeit noch in Diskussionen mit der Senatsverwaltung, denn wir sind natürlich immer davon ausgegangen, das ist eine hoheitliche Aufgabe, das ist Katastrophenschutz, das muss durch die Senatsverwaltung uns auch bezahlt und finanziell entsprechend auch vergütet werden. Das heißt, da ist das letzte Wort auch noch nicht gesprochen.

Zum Thema Abkopplung: Natürlich ist es so, dass wir prioritär dort hinschauen, wo es am Ende besonders große Effekte hat für die Mischwasserüberläufe. Das haben Sie auch ganz richtig gesehen. Wie schnell das geht, na ja, die 25 Prozent sind natürlich etwas, was heraus, wenn wir schnell sind, 25 Jahre dauert. Wir sind bei einem Prozent Abkopplung pro Jahr. Das hatten wir uns auch mal zum Ziel gesetzt. Das geht nicht schnell. Viele Akteure müssen da an einen Tisch. Die Regenwasseragentur ist da aber sehr dabei, das zu ermöglichen, und ich glaube, wir lernen mit unseren Projekten immer mehr dazu, auch wie wir das schneller und einfacher hinbekommen. Von daher habe ich die Hoffnung, dass es vielleicht doch ein bisschen schneller geht, aber das ist natürlich unser Anspruch, das wir da möglichst zügig in die Umsetzung kommen.

Es gab auch noch eine Frage von Ihnen: Wer finanziert die Maßnahmen zum Hitzeschutz. Wenn es nicht über die Gebühren geht bei uns, was es tatsächlich erst mal nicht tut, dann sind es die Bezirke. Dann ist es der Senat. Dann ist es das LAGeSo beispielsweise. Wir haben diese Versprühung an einem Standort dieses Jahr gehabt und auch die Flächeneigentümer, die durchaus auch bereit sind, etwas zu machen.

Dann hatte ich mir noch zum Thema Wasserkaskadenverdunstung aufgeschrieben. Herr Lux! Natürlich, alles was verdunstet, fehlt im lokalen Wasserkreislauf. Es dient der Kühlung. Deswegen muss man immer abwägen. Derzeit denke ich, dass wir der Verdunstung durchaus mehr Platz einräumen können, denn so viel wie auf unseren Wasserflächen verdunstet, was wir nicht verhindern können, so viel schaffen wir auch im Vergleich in Hitzeperioden gar nicht in der Stadt zu verdunsten. Aber natürlich ist es sinnvoll, Brauchwasser zu nutzen für die Verdunstung, dass man eben nicht Trinkwasser nutzt. Das hilft dann auch für die Kühlung, und man nutzt nicht das hochwertig gereinigte Trinkwasser dafür.

Wenn Sie nach Zahlen fragen, welche Projekte jetzt nicht gemacht werden können derzeit aufgrund der Haushaltslage, kann ich leider keine konkreten Zahlen liefern. Natürlich sind wir da gerade im Gespräch und schauen uns an, was gegebenenfalls trotzdem noch passieren kann, aber das läuft gerade.

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Danke, Frau Dr. Grützmacher! – Wir haben eine Grundschule aus Kladow, Grundschule am Ritterfeld, aus Spandau. Herzlich willkommen bei uns! – Frau Erke, bitte!

**Katja Erke** (Architektenkammer Berlin): Danke! – Es gab eine Frage zur Fassadenbegrünung. Das ist ein ganz wesentliches Element, das in der Stadt für Kühlung, Verschattung und auch als Puffereffekt für die Gebäudeinnenräume dient. Da gibt es oft ein großes Misstrauen bei den Hausbesitzern, dass dadurch die Fassaden beschädigt werden können. Dem ist im Regelfall nicht so. Da wäre aus meiner Sicht Information notwendig. Die gesetzlichen Grundlagen wie die Bauordnung ist eines der Themen. Die Anforderungen der Klimaanpassung und der gesamten nachhaltigen Planung betreffen ganz viele gesetzliche Grundlagen. Die Archi-

tektenkammer ist da sehr engagiert dabei, sich in verschiedenen Ausschüssen damit zu beschäftigen. Sicherlich sind das auch Themen, die wir gerne weiter an einer anderen Stelle intensiver diskutieren würden.

Es war nicht eine direkte Frage an mich, aber ganz wichtig fände ich es auch noch mal zu erwähnen, dass die Berliner Bäder beim Thema Hitzeschutz auch ein wesentlicher Faktor sind und dass das bestehende Räume zur Kühlung sind, die allen zugänglich bleiben sollten und nicht durch Schließungen, zu geringe Öffnungszeiten oder zu hohe Preise viele Menschen ausschließen.

Die Themen der Haustechnik, aber auch der technischen Anlagen: Ich finde super, was Frau Grützmacher gerade zusammengefasst hat. Das ist genau im Sinne der Architektenkammer, und das ist auch das Thema, das viele Landschaftsarchitektinnen und Landschaftsarchitekten betrifft. Das muss weiter betrieben werden.

Natürlich stehen die Architektenkammer und ich persönlich auch ganz sicher auf den Füßen der Wissenschaft. Wir reden hier über menschengemachten Klimawandel, der Ausmaße annimmt, die bisher so nicht stattgefunden haben. Mein Bild der Zukunft von Berlin ist nicht, dass sie in einer Wüste steht. Sandige Böden haben wir, und das wird hier sehr schnell gehen, wenn man nicht aufpasst mit der Ressource Wasser. Ich habe über Haustechnik gesprochen. Das ist bei uns natürlich ein wichtiges Thema. Es geht jetzt nicht darum, bestimmte Techniken auszuschließen, sondern da klug zu überlegen. Energie ist auch eine wichtige Ressource, die wiederum den Klimawandel antreibt und zu mehr Hitze andersherum führt, auch teuer ist und nicht auf den Privatbürger übertragen werden sollte. Deswegen plädieren wir für einfache Maßnahmen, die wir auch im südlichen Bereich sehen, aber wir gucken da nicht auf die großen Glashäuser, die voll automatisiert sind, in Katar, sondern wir schauen auf die alten Methoden durch natürliche Durchlüftung, durch dickere Wände, die aber nicht aus Altlasten der Zukunft bestehen, sondern es gibt da sehr kluge Maßnahmen, wie man mit ganz wenig Technik, ganz wenig Energie bauen kann und für solche Maßnahmen gerüstet ist.

Das Thema der Wasserkaskaden ist ein schönes Bild. Ich weiß leider gar nicht, wo der Kollege das gemacht hat. Ich werde mich da noch mal erkundigen. Eigentlich nicht das Problem, sondern die Stärke unserer Gesetzgebung ist, dass die Fließgewässer bereits einen sehr starken Schutz haben und die Entnahme von Wasser aus Fließgewässern quasi nicht mehr möglich ist. Auch der Gesundheitsschutz spielt da eine Rolle. Die Verdunstung von Oberflächenwasser kann zur Verbreitung von Bakterien führen. Deswegen sind Kühlanlagen, Cool Spots, aktuell nur mit Trinkwasser möglich. An dieser Stelle gibt es aber auch gesetzliche Bedarfe, das zu ändern. Zum Beispiel Regenwasserbewässerung für Bäume stößt ganz oft an Grenzen wegen veralteter, absurder Hygienevorschriften, die ganz viele Hindernisse begeben. Auch da ist Arbeit nötig, damit solche Maßnahmen einfacher umgesetzt werden können, weil Verdunstung, auch diese Sprühanlagen natürlich, man spürt es quasi auf der Haut, eine ganz einfache und auch gar nicht so energie- und wasseraufwendige Möglichkeit ist.

Die Spree müssen wir dabei unbedingt im Auge behalten und das Thema jetzt angehen. Ich habe ein Projekt in Jüchen. Das ist am Tagebau Gatzweiler, und auch dort wird die Sumpfung ausgestellt. Die Bedeutung für den Wasserhaushalt muss planerisch erfasst werden. Phytosanierung ist Bodensanierung mit pflanzlicher Hilfe. Ich habe gerade geguckt, es gibt die Klassischen wie Schilf reinigt Wasser, aber es ist tatsächlich so, dass Weiden Schwermetalle aus dem Boden nehmen können und dass es da vielfältige Techniken gibt, wie durch Bepflanzung Boden verbessert werden kann, ohne Austausch, ohne Deponierung, was wesentlich kosteneffizienter und nachhaltiger ist.

Beim BENE 2-Förderprogramm ist es so, dass natürlich diese Förderprogramme und die Projekte lange laufen, dass es insgesamt im Planungsalltag sehr schwierig ist für alle Kolleginnen und Kollegen, dass die Förderzeiträume für das einzelne Projekt oft viel zu kurz gefasst sind. Das entspricht nicht der Planungsrealität, dass man eigentlich in zwei Jahren alles ausgegeben haben sollte. Das funktioniert in der Wirklichkeit nicht. Berlin weiß das, dass Bauen oft länger dauert, weil es nicht nur die Baustelle ist, sondern auch der Planungsprozess. Deswegen sind die Kolleginnen und Kollegen erschrocken, die jetzt unsicher sind. Die Bauherren sind unsicher. Das ist keine nachhaltige Förderung des Bausektors. Auch der Wohnungsbau krankt an diesem Hin und Her in den Förderkulissen. Da muss Sicherheit dabei sein, dass man weiß, man kann sein Projekt fertig bauen. Man kann nicht drei Jahre bis zur Entwurfsplanung in der Luft schweben, und dann wird der Förderhorizont ganz abgeschafft. Es ist wirklich sehr

schwer, dann damit zu planen, und jedes Projekt, das jetzt im Klimaanpassungsgesetz gestrichen oder gekürzt wird, ist eines zu viel.

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Danke, Frau Erke! – Herr Bürgel, bitte!

**Oliver Bürgel (AWO):** Danke, Herr Vorsitzender! – Ich fange mal von hinten an, was ich verstanden habe. Erst mal zum Abgeordneten Lux, die Frage nach den Einrichtungen vor Ort, wie die Einrichtungsleiterinnen, die Einrichtungsleiter zu dem Thema Klimaanpassung, Klimaschutz et cetera stehen, Zufall, nicht Zufall, und wie die kontinuierliche regelmäßige Versorgung mit Trinken dort organisiert ist. – Ich kann natürlich nur für die Arbeiterwohlfahrt sprechen und am Beispiel der Kindertagesstätten, die wir hier in der Stadt haben. Grundsätzlich ist es so, dass wir als Berliner AWO einen Fachbeirat Klimagerechtigkeit haben. Das ist landesweit aufgesetzt. Da nehmen unterschiedliche Institutionen teil. Wir laden die, die Interesse haben, auch gerne ein. Den gibt es seit sechs Jahren. Wir setzen uns in diesem Gremium, ganz unterschiedlich zusammengesetzt, damit auseinander: Was heißt eigentlich Klimaanpassungsmaßnahmen für unsere Einrichtungen, für die Kolleginnen und Kollegen? Ich erwähne das deshalb in diesem Zusammenhang, weil es natürlich zur Meinungsbildung beiträgt und dass dieses Thema in alle Organisationsstrukturen dieses Verbandes eingeht und damit auch die Leitungen vor Ort in den Einrichtungen gestärkt werden, sich mit dem Thema Klimaanpassung zu beschäftigen.

In den Kindertagesstätten ist es so, dass die Klimaanpassungsmaßnahmen mittlerweile in allen Kindertagesstätten bei uns zum Standard gehören. Das ist nicht nur individuell zufällig der Einrichtungsleitung zuzuschreiben, ob man sich mit dem Thema auseinandersetzt, sondern das ist in allen Kindertagesstätten verankert. Natürlich ist das individuelle persönliche Engagement der Erzieherinnen und Erzieher und der Leitung immer noch zusätzlich motivierend und förderlich, aber da gibt es mittlerweile Strukturen, weil, unabhängig davon, ob man es persönlich als wichtig und gut erachtet, es diese Notwendigkeiten gibt. Es ist einfach Alltag in den Kindertagesstätten, sich damit in den Monaten, und die Monate werden immer mehr, von Mai bis Oktober geht das mittlerweile, auseinanderzusetzen. Da gibt es wirklich schöne Beispiele, wie die Kindertagesstätten darauf reagieren, auch mit Geldern, die sie nicht haben, wo sie immer wieder gucken, das mit irgendwelchen Projektmitteln versuchen zu organisieren, um ein Mindestmaß an Schutz in den Einrichtungen sicherzustellen.

Die Frage danach – auch hier die Kindertagesstätten als Beispiel –, ob regelmäßig getrunken wird oder nicht, ist natürlich ein Teil der Konzepte auch in den Kindertagesstätten, dass es nicht dem Zufall überlassen ist, ob die Kinder ausreichend trinken, sondern das ist auch konzeptionell bei uns hinterlegt. Da gibt es bestimmte Routinen, wie das zu den unterschiedlichen Mahlzeiten stattfindet und auch sichergestellt wird. Klammer auf: So etwas gibt es natürlich auch in vollstationären Einrichtungen, dass das vorgesehen ist. Aber trotzdem ist die Schwierigkeit, dass auch tatsächlich getrunken wird, und das sorgt dann wieder für Widerstände.

Ich komme zu den, deshalb ist es für mich jetzt etwas schwieriger, Aussagen und Fragen der Abgeordneten Vierecke, weil sie – so kam es bei mir an – grundlegender sind und etwas schwieriger zu beantworten. Wenn ich die Fragen richtig verstanden habe, geht es hier um die Anzahl der Einrichtungen, die betroffen sind, und andererseits die Frage nach Neubauten, Bestandsbauten und Altbauten. – Natürlich kann ich jetzt keine Zahl liefern, um wie viele Einrichtungen es geht. Wir müssen uns vor Augen führen, dass wir in Berlin Einrichtungen

haben in unterschiedlichster Ausprägung für Menschen mit Behinderung, für Senioren, für Geflüchtete, Wohnungslose, Kindertagesstätten, Beratungsstellen et cetera pp. Das sind in dieser Stadt sehr viele Einrichtungen. Natürlich haben die Bestandsbauten und die Altbauten die größten Probleme. Ich bin kein Architekt. Das weiß die Kollegin viel besser, was da früher alles nicht beachtet worden ist und weshalb die Schwierigkeiten in diesen Altbauten besonders groß sind.

Ich habe aus der Anfrage aber auch herausgehört, und die Chance nutze ich, noch mal zu sagen: Wenn denn das so ist, dass wir die Gebäude auch in den Blick nehmen müssen, braucht es eine Refinanzierung dieser Klimaanpassungsmaßnahmen. Die Klimaanpassungsmaßnahmen finden zurzeit keinerlei Berücksichtigung in dem sogenannten Kitakostenblatt. Das verhandeln wir gerade mit der Senatsverwaltung für Bildung und Jugend. Da spielt das keine Rolle. In den Refinanzierungen bei den Zuwendungen und den anderen Entgelten, ob es um Eingliederungshilfen oder Beratungsstellen geht, finden diese Kosten für Investitionen und Bereitstellungen von Maßnahmen zurzeit keinerlei Berücksichtigung. Deshalb habe ich in dem kurzen Vortrag auch dargestellt oder kurz erwähnt, dass wir unter anderem der Auffassung sind, dass das Sondervermögen des Bundes ein aus unserer Sicht sicherlich geeignetes Instrument ist, um für die Häuser der Eingliederungshilfe, der Wohnungslosenhilfe für Geflüchtete, aber auch für Seniorinnen und Senioren und für Kindertagesstätten Gelder bereitzustellen, die es den Trägern ermöglichen, diese Maßnahmen vorzunehmen. Es werden auch hier, das wissen wir eigentlich alle aus dem Gesundheits- und Sozialbereich, wenn wir jetzt nicht handeln und auch in diesen Bereich investieren, um auch den Alltag in den Kindertagesstätten beispielsweise in den Monaten sicherzustellen, die Folgekosten um ein Vielfaches höher und größer sein. Zurzeit gibt es keine Gelder dafür, und die Träger der Kindertagesstätten geben das meiste Geld für die Personalkosten aus. Teilweise sind die Gebäude auch in kommunaler Hand. Die Kommunen, die Bezirke tun nichts auf diesem Gebiet, können vielleicht auch nichts tun, das heißt, da kommt eine Investitionswelle oder Folgekostenwelle auf uns zu, wenn wir da nicht schnell handeln, und ich glaube, dass das Bundessondervermögen dafür ein geeignetes Instrument wäre. – Danke schön!

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Danke, Herr Bürgel! – Herr Bürck-Gemassmer, bitte!

**Max Bürck-Gemassmer (KLU):** Ich möchte mich erst mal für das Angebot bedanken und die Bereitschaft, das Thema anzugehen, was auch aus Kreisen der CDU gerade auch klar formuliert wurde. Das ist notwendig. Wir müssen gucken, was geht, was können wir gemeinschaftlich schaffen, und weniger schauen, was nicht geht und was wo falsch gemacht wird. Wir müssen natürlich aus Fehlern lernen, das ist wichtig. Also erst mal vielen Dank dafür!

Wir sollten immer schauen, mit dem Bewusstsein, dass unsere Ressourcen und unsere Finanzen begrenzt sind: Wo können wir einen Benefit erreichen? Ich bin noch mal nach den aufsuchenden Hilfen gefragt worden. Das ist jetzt nicht von mir ausgedacht worden, sondern wir wissen aus Erfahrung in Frankreich, dass das eine wirksame und effektive Methode ist. Das ist Teil der Hitzeschutzpläne, der Hitzeaktionspläne. Wir wissen aus Studien, zum Beispiel diese Hitzewelle 1995 in Chicago, die sehr gut untersucht worden ist, soziale Quartiere, die gut funktionieren, haben weniger Hitzetote, unabhängig von den ökonomischen Gesamtsituationen. Das heißt, wenn Nachbarschaften funktionieren, wenn Menschen aufgesucht werden, haben wir weniger Hitzetote. Wir haben dort aber auch weniger einsame Menschen. Wir haben dort weniger Depressionen aus diesen Gründen. Wir haben sehr viele gesundheitliche

Aspekte oder Effekte, die dort gleichzeitig mitbearbeitet werden, und das ist ein lohnender Gedanke zu sagen: Wir bringen diese Dinge zusammen. Wir schaffen Nachbarschaftsstrukturen, die dann auch ein resilientes dezentrales Hilfenetzwerk sind für Hitze, die aber auch ein Netzwerk sind für diese ganzen anderen Probleme, die wir haben. Das dazu.

Zum Hitzeaktionsplan bin ich gefragt worden. Das würde ich gerne an Herrn Barker weitergeben. Ich würde kurz ein paar andere Dinge sagen. Wer sorgt in den Einrichtungen für Veränderungen? – Das hängt sehr vom Engagement einzelner Personen ab. Wir hatten eine Planung, eine Gesetzgebung, die die Einrichtungen verpflichtet, ihre ökologischen Fußabdrücke und ihre Erfolge im Bereich Klimaresilienz zu messen. Das ist auf Eis gelegt worden. Wir haben bei KLUG die Einrichtung KliMeG, also eine Einrichtung für klimaresiliente Gesundheitseinrichtungen. Dort hatten wir einen Riesenzulauf von Einrichtungen, die nachgefragt haben. Wir decken inzwischen mit diesen Leuten, die beigetreten sind, 20 Prozent der Betten in Deutschland ab, wenn wir die ganzen Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen berechnen. Dann kam die Bremse bei dieser Gesetzgebung. Das wird erst mal auf Eis gelegt. Wir wissen nicht, kommt es nicht, kommt es, was dazu geführt hat, dass dort im Moment quasi Stillstand eingetreten ist. Diese Riesennachfrage und der Wille, etwas zu tun, ist ausgebremst worden, weil die gesetzliche Rahmenbedingung verändert wurde. Frankreich zeigt, wenn man klare gesetzliche Vorgaben macht, dann funktioniert das auch durchgreifend auf der Landesebene, Departmentebene und kommunalen Ebene. Die Einrichtungen brauchen diese kommunale Ebene als Hintergrund, um dort die entsprechenden Investitionen tätigen zu können, und dort braucht es auch eine Stärkung.

Langfristige Effekte: Das ist schwer zu sagen. Kommunikation, Information ist ein wichtiger Teil. Wir haben natürlich, wenn Menschen langfristig Hitze ausgesetzt sind – das wissen wir aus Daten von sehr stark betroffenen Ländern –, Entwicklungsverzögerungen bei Kindern. Wir haben eine geringere Lernfähigkeit. Wir haben Konzentrationsstörungen. Wir wissen auch, zu den Dingen, die zum Beispiel zum Kindergarten gesagt wurden, wenn Kinder in überhitzten Räumen leben müssen, acht Stunden am Tag, können sie sich schlechter konzentrieren. Auch in Schulen, wenn dort Arbeiten geschrieben werden, ist der Output deutlich schlechter. Wir müssten im Prinzip ein Verbot haben, dass in den Schulen bei bestimmten Temperaturen überhaupt Arbeiten geschrieben werden.

Noch mal zum Süden, der Mittelmeerraum hätte weniger Hitzetote: Die sind natürlich besser adaptiert an Temperaturen, die für uns noch relativ normal sind. Aber wenn wir die Daten angucken, Mittelmeerraum, die Länder, sechs- bis achtfach höhere Sterberaten im Vergleich zu den Daten hier, wenn wir das auf den Bevölkerungsdurchschnitt hochrechnen. Auch diese Länder haben massive Probleme mit steigender Hitze, und je heißer es wird, ist oben irgendwann eine Grenze, und dann geht es nicht mehr. Wir können technische Lösungen haben. Das ist aber die teuerste Variante. Soziale Lösungen sind im Moment sehr wahrscheinlich die kostengünstigsten Lösungen. Ich bin im Moment parallel beim Bundesministerium für Landwirtschaft und Ernährung, wo das Symposium für Stadtgrün stattfindet. Da gab es eine ganze Menge Vorträge. Naturbasierte Lösungen sind die kostengünstigsten Lösungen. Das andere würde ich gerne an Herrn Barker übergeben.

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Danke, Herr Bürck-Gemassmer! – Das mache ich. Das ist mein Job, das Wort weiterzugeben. Dann erteile ich das Wort Herrn Staatssekretär, denn es gab die eine oder andere Frage. – Bitte schön!

**Staatssekretär Arne Herz** (SenMVKU): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich will zunächst auch ausdrücken, dass wir es sehr begrüßen, dass sich der Ausschuss so umfangreich in der Anhörung mit dem Thema Hitzeschutz auseinandersetzt. Ich will genauso den Anzuhörenden danken, weil es ein sehr breites Spektrum war, was wir im Zusammenleben abbilden, von Bauen über das soziale Miteinander, auch mit schwächeren Gruppen insbesondere der Gesellschaft und dann auch im Zusammenhang: Wie gehen wir eigentlich in die Zukunft?

Ich will zum Stichwort Hitzeaktionsplan Ihnen kurz erläutern, was alles auch in der Erarbeitung oder im Rahmen der Erarbeitung des Hitzeaktionsplans teilweise schon erfolgt ist und Ihnen einige Informationen geben und dann die Fragen mitbeantworten, zumindest es zu versuchen.

Der Senat hat sich im Mai 2024 auf den Weg gemacht, diesen Prozess der Ausarbeitung eines Hitzeaktionsplans anzustoßen. Sicherlich kann man immer der Meinung sein, das eine oder andere sollte schneller gehen. Das war deswegen ein sehr aufwendiger Prozess, weil nicht nur durch die Senatsverwaltung, sondern unter Einbeziehung der Bezirke und vor allen Dingen auch anderer Player das Ganze ausgearbeitet wurde. Da ging es darum, auch Erfahrungen miteinander zu sammeln und gleichzeitig die Kompetenz, die allein aus der Zusammensetzung schon vorhanden war, so aufzunehmen, dass daraus natürlich einerseits gesammelt wurde, aber dann auch ein Maßnahmenkatalog von 72 Maßnahmen erstellt wurde, der die Oberthemen Öffentlichkeitskommunikation schutzgefährdeter Gruppen, Maßnahmen zur Begrünung und städtebaulichen Anpassung hinsichtlich des Hitzeschutzes beinhaltet. Wir sind so weit, dass das Mitzeichnungsverfahren auf der Hauptverwaltungsebene abgeschlossen ist, wir aktuell im Rat der Bürgermeister die Beratung haben. Das Ziel zumindest ist, dass auch der Senat noch im Jahr 2025 das Ganze beschließt, und insbesondere aus dem, was ich gerade zu den Maßnahmen gesagt habe, was sie umfassen, können Sie ersehen, dass die Übersicht, die heute mit den Anzuhörenden gegeben wurde, dazu sehr stark passt.

Ich will das mal kurz in drei Themenbereiche aufgliedern: Einerseits die Öffentlichkeitsarbeit. Das ist etwas, worüber man schmunzeln kann, aber ich glaube, da sollte man vorsichtig sein, denn wenn ich Ihnen sage, dass das Hitzewarnsystem des Deutschen Wetterdienstes noch mal anders aufgestellt und etabliert wurde, dann ist das etwas, was wir inzwischen brauchen, weil wir in der Frühwarnung nicht für uns als Einzelne, was wir morgen oder übermorgen anziehen und uns vornehmen, bei Älteren natürlich auch, wie sie ihren Tag gestalten, sondern vielmehr bei Institutionen ein paar Vorläufe brauchen, die dann günstig sind, wenn man den Blick ins Morgen und Übermorgen anders werfen kann. Das LAGeSo führt seit 2023 unter dem Stichwort Bärenhitze eine Informationskampagne durch, wo an die Bevölkerung insbesondere Flyer ausgegeben werden über Bezirke, Apotheken oder auch Essen auf Rädern. Auch daran können Sie sehen, dass genau dieses Spektrum von Alt und Jung, vulnerabel und vielleicht nicht vulnerabel versucht wird, abzudecken, um zu informieren: Wie verhalte ich mich? Was kann ich tun? Wie sollte ich mich vorbereiten?

Die zweite Reihe wären eher die Angebote für vulnerable Gruppen. Der Abgeordnete Frey-mark war es, glaube ich, der unter anderem nach den kühlen Räumen gefragt hat. Ich gestehe, ich weiß nicht, woher die Zahl Sieben kommt. Das dürfte in einzelnen Bezirken schon übertroffen werden, denn insbesondere da war es so, dass die Bezirke zusammen mit den Einrichtungen, die sie vor allen Dingen haben, diese kühlen Räume geschaffen haben. Gleichzeitig

darf man aber nicht vergessen – – Das waren so etwas wie Bibliotheken. Es ist manchmal das Einfachste gewesen, kühle Rathäuser. Da, wo die Rathäuser alt und denkmalgeschützt sind, ist das zumindest in einzelnen Bereichen noch so, dass wir dann kühle Räume als Land Berlin zur Verfügung stellen konnten. Die Kirchen und auch Nachbarschafts- und Stadtteilzentren haben insbesondere beim Projekt Kühle Räume in 2025 relativ viele ausgewiesen. Dazu gibt es eine sogenannte Kühle-Orte-Karte, die auch im Internet einzusehen ist. Das war ein Projekt im Rahmen des Pakts für den öffentlichen Gesundheitsdienst.

Es sind Musterhitzeschutzpläne zur Verfügung gestellt worden, insbesondere für Einrichtungen wie Arztpraxen, Pflegeeinrichtungen, Krankenhäuser und Apotheken, dass zumindest der Staat den Rahmen anbietet, den man setzen kann. Aber natürlich steht es dann in der Verantwortung der Einzelnen, das umzusetzen. Ich will gleich dazu sagen, dass wir sicherlich da dann wahrscheinlich eher über die Bundesebene, aber insbesondere da, wo es um Pflegeeinrichtungen oder auch Krankenhäuser geht, uns überlegen müssen, wie wir als Staat das unterstützen, dass eine Umsetzung auch wirtschaftlich darstellbar ist.

Die SenASGIVA hat für obdachlose Menschen – und auch das Stichwort fiel – in Bezug auf den Hitzeschutz ganz besonders die aufsuchenden Hilfen verstärkt. Sie hat den Hitzebus etabliert. Es gab vorher vor allen Dingen den Kältebus. Auch daran sehen wir, wie sich das Klima verändert. Sie hat Rückzugsräume speziell für obdachlose Menschen geschaffen und auch so etwas wie Ausgabe von Wasser und Sonnencremes versucht. Das Ganze ist ausbaufähig, das will ich so sagen für den Senat, aber tatsächlich auch nicht ganz so einfach rein organisatorisch, und da dient dann sicherlich der Hitzeaktionsplan für die Gesamtumsetzung dazu, dass wir da noch weiter kommen.

Der Abgeordnete Freymark hat zum Beispiel nach der Entsiegelung gefragt. Jenseits dessen, dass im StEP Klima und auch im BEK und bei allem, was wir im Moment schon an Programmen haben, ob das das Förderprogramm GründachPLUS ist, wo begrünte Dächer und Fassaden gefördert werden sollen, um auch das zu steigern – – [Zurufe] –

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Entschuldigung, Herr Lux, Frau Radziwill! Das Wort hat Herr Staatssekretär Herz. – Danke!

**Staatssekretär Arne Herz (SenMVKU):** Um auch das zu steigern, dann selbstverständlich das BEK und das Berliner Stadtgrün, um auch da die grüne Infrastruktur weiter voranzutreiben, das Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm, um vor allen Dingen Maßnahmen, die zum Hitzeschutz beitragen, zu adressieren und umzusetzen. Das alles muss finanziert werden. Das kann ich gerne aufnehmen, so ist das nicht, gar keine Frage, aber deswegen sollte man es trotzdem nennen, dass wir längst unterwegs sind, um zu fördern, dass Hitzeschutz in der Stadt nicht nur ankommt, sondern vor allen Dingen, dass wir umsetzen, dass Menschen in dieser Stadt sich so aufhalten, leben und wohnen können, dass es, ich will gar nicht lebenswert sagen, sondern lebensfähig ist.

Das Entsiegelungsprogramm ist im Moment tatsächlich in der Erarbeitung, um einen strategischen und konzeptionellen Rahmen zur Stärkung zu setzen und dann vor allen Dingen Bodenfunktionen, die wir teilweise verhindern, wieder zu ermöglichen. Ich kann Ihnen sagen, dass in der gesamten Planung des öffentlichen Raums, insbesondere auch beim Straßenbau, das hat Frau Dr. Grützmacher schon gesagt oder schon angedeutet, das, was früher nur Ableitung

war, natürlich ganz anders mit bedacht werden muss. Ich will Ihnen auch sagen, dass das gleichzeitig ein Spannungsfeld ist, nämlich dass es natürlich schon aufwendig war, die bisherige vor allen Dingen Straßen- und Regenentwässerung durchzuführen. Aber da, wo ich über Versickerung rede, brauche ich entsprechende Versickerungsflächen. Das ist in der Stadt nicht ganz einfach. Insofern werden wir uns dieses Spannungsfeld auch miteinander erarbeiten müssen. Das tun wir tatsächlich bei jeder Planung. Die Rolle spielt es trotzdem, dass wir das eine nicht gegen das andere ausspielen und am Ende insbesondere das Stichwort Schwammstadt nicht nur verstärken, sondern auch ermöglichen.

Dann hoffe ich, ich habe den Rest mitabgedeckt. Herr Abgeordneter Lux hatte konkrete Fragen zum Ufersanierungsprojekt. Ich vermute, Sie meinen die Uferbefestigung der Spree-Oder-Wasserstraße zwischen Mühlendammschleuse und Eisenbrücke. – [Benedikt Lux (GRÜNE): Ja!] – Sehr schön! Das ist in der Tat ein Großprojekt bis 2032 für 86 Millionen Euro. Ich kann Ihnen deswegen nichts ganz Konkretes sagen, weil die Vorplanungsunterlagen bis zum Ende des vierten Quartals erstellt werden sollen. Es muss aber ein bisschen differenziert werden, weil im innerstädtischen Bereich und da, wo es eine Bundeswasserstraße ist, die stark genutzt wird, es sicherlich nicht ganz so einfach ist, zwar über Uferbegründung zu reden, aber das, was Sie als Spundwände zu Recht bezeichneten, sich konkret wegzudenken, manchmal andere Erfordernisse haben kann, je nachdem, wo ich das Ufer saniere. Dass Ufersanierung auch, unter dem, was ich eben schon zur Straßensanierung ausgeführt habe, heute ganz anders gedacht und geplant wird als früher, wo es tatsächlich nur die Stahlspundwand war, und dann kam dahinter irgendetwas, egal, ob es zufällig grün war oder im Zweifelsfall auch nur sehr steinern, gehört der Vergangenheit an. Trotzdem werde ich Ihnen insbesondere für diesen sehr innerstädtischen Bereich, auch aufgrund schon alleine der Anliegerproblematik, nicht zusichern, so wie Sie es formuliert haben, aber es bleibt dabei, dass ich eben schon gesagt habe, dass es heute ganz anders gedacht wird und wir in die Richtung dessen, was wir heute miteinander auch besprochen haben, nur planen, und die konkrete Planung können Sie dann gerne, wenn wir so weit sind, im zuständigen Ausschuss oder auch mir gegenüber natürlich auch erfragen. Das steht völlig außer Frage. – Jetzt habe ich hoffentlich nichts vergessen und mache deswegen erst mal einen Punkt. – Ich übergebe gerne an Herrn Dr. Barker zur Ergänzung zum Hitzeaktionsplan.

**Dr. Michael Barker (SenWGP):** Vielen Dank, Herr Herz! – Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin gebeten worden, als Vertretung der Fachebene der für Gesundheit zuständigen Senatsverwaltung in Bezug auf den Hitzeaktionsplan Auskunft zu geben. Ich bin tätig in dem Bereich öffentliche Gesundheit, wo auch der umweltbezogene Gesundheitsschutz verortet ist. Uns kommt die Rolle der Zentralen Koordinierungsstelle für den Landeshitzeaktionsplan zu, aber wir machen den nicht in dem Sinne, sondern wir haben ein gemeinsames Verständnis im Senat, dass Hitzeschutz eine Querschnittsaufgabe ist, die alle Ressorts betrifft.

Deswegen auch der vorgelegte Hitzeaktionsplan – Herr Herz hat das schon ausgeführt –, der in einem aufwendigeren Verfahren in einer ressortübergreifenden Arbeitsgruppe mit Beteiligung von Bezirken und Zivilgesellschaft erarbeitet werden musste.

Ich bin Ihnen auch dankbar, dass Sie über die bereits parallel laufenden Aktivitäten schon berichtet haben. Ich würde Ihnen noch mal ans Herz legen, das Hauptstadtportal zu besuchen, auf der Seite [www.berlin.de/hitzeschutz](http://www.berlin.de/hitzeschutz), die seit Juli 2025 online ist und sehr viele differenzierte Informationen bereithält, nicht nur zu Verhaltenstipps und den auch angesprochenen Hitzewarnungen des Deutschen Wetterdienstes, sondern auch Musterpläne und Schulungs- und Informationsmaterialien, die das Aktionsbündnis Hitzeschutz, das hier auch schon angekungen ist, erstellt hat. Auch dort ist die Kühle-Orte-Karte zugänglich, in der unter anderem auch kühle Räume ausgewiesen sind. Die aktuelle Zahl liegt meines Wissens ungefähr bei 70, und sie steigt jeden Monat. Primär wird das von den Bezirken koordiniert. Es gibt einen gemeinsamen Kriterienkatalog, das ist, glaube ich, auf einem ganz guten Weg.

Nur kurz noch zum Stand des Hitzeaktionsplans: Diese ressortübergreifende Arbeitsgruppe hat in fünf Sitzungen und mit viel Kommunikation dazwischen ein Hitzeaktionsplandokument erstellt. Kernstück sind, wie Sie genannt haben, 72 Maßnahmen, die in einem Steckbrief erläutert werden, inklusive ihrer zeitlichen Umsetzungsperspektive und der für die Umsetzung federführenden verantwortlichen Stelle, in der Regel in der Berliner Verwaltung. Es gibt noch ungefähr 20 Seiten Begleittext, Übersicht, Einordnung und zehn Seiten Anhang daran. Das ist im August vom Senat in der ersten Befassung zur Kenntnis genommen worden und an den Rat der Bürgermeister überwiesen. Der hat zunächst im Ausschuss und dann im Plenum am 18. September darüber beraten und einen zustimmenden Beschluss gefällt, diesen mit einer ganzen Reihe von Kommentaren und der Formulierung von Bedingungen verknüpft. Es geht – das ist vielleicht eher die heiße Kartoffel, die Herr Lux angesprochen hat – nicht so sehr um die Zuständigkeit, die Gesundheits- und Umweltverwaltung haben sehr gut in dieser AG zusammengearbeitet, sondern um die Finanzierung. Das sehe ich als die nächste und auch entscheidende Herausforderung, bei der nicht nur die Verwaltungen, sondern auch das Abgeordnetenhaus mit gefordert sind, dass die Maßnahmen, die in dem gemeinsam erstellten Hitzeaktionsplan als der erst mal bestmögliche Standard formuliert sind, auch in die Berliner Realität umgesetzt werden können.

Ansonsten hat der Rat der Bürgermeister noch die Gremienstruktur angesprochen, die so beibehalten werden soll wie jetzt, mit dem Weitertagen der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe als begleitendes Gremium, der Fortsetzung einer Arbeitsgruppe der Bezirke, die sich monatlich unter Koordination des Landesamtes für Gesundheit und Soziales austauschen, und einer weiteren Begleitung durch das Aktionsbündnis Hitzeschutz. Insofern gibt es einen zustimmenden Beschluss, und in meiner Hoffnung und Vorstellung trennen uns nur noch wenige Wochen von einem zweiten Senatsbeschluss zum Berliner Hitzeaktionsplan. Dann haben wir die erste Herausforderung geschafft und stehen vor einer mindestens genauso großen zweiten, nicht nur bei der Umsetzung, sondern auch bei der Weiterentwicklung, bei Evaluation und Monitoring. – Vielen Dank!

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Danke schön an den Senat! – Wir sind jetzt am Schluss der Anhörung. Ich möchte Ihnen im Namen des Ausschusses – ich meine unsere Anzuhörenden, aber auch die Vertretungen der Senatsverwaltungen und des Senats – ganz herzlich danken, dass Sie uns heute mit Ihrer Expertise zur Verfügung gestanden haben. Ich wünsche Ihnen

einen schönen Resttag. – Frau Leschewitz, ich habe gesehen, dass Sie sich gemeldet haben, wir sind aber über der Zeit. – [Zuruf von Franziska Leschewitz (LINKE)] – Machen Sie, aber, wie gesagt, wir sind wieder über der Zeit, und an dieser Stelle muss ich wieder eine Verlängerung beantragen, nachträglich. Dann haben wir noch einen Tagesordnungspunkt, zwei besser gesagt. An dieser Stelle frage ich die Ausschussmitglieder, ob wir um 15 Minuten verlängern können, dürfen, müssen. – [Zurufe] – Können wir die Sitzung um 15 Minuten verlängern? – Nichts dagegen. Gut, dann wird verlängert, nachträglich. Ich wollte unseren Gast hier nicht unterbrechen. – Frau Leschewitz, Sie haben sich gemeldet, bitte!

**Franziska Leschewitz (LINKE):** Vielen Dank, dass ich doch noch mal das Wort ergreifen kann! – Noch mal Richtung Senat: Sie sagten, dass es schon ein Frühwarnsystem gibt. Das ist sehr erfreulich, das ist sehr wichtig und sollte auch weiter ausgebaut werden. Können Sie des Weiteren noch mal ein bisschen genauer die Aktion Bärenhitze erläutern? – Ich hatte in meiner Rede zum Hitzeschutz gesagt, dass es eigentlich mehr oder weniger immer nur über Flyer geht. Ich habe ebenfalls in meiner Rede im Plenum gesagt, dass mir der Hitzeaktionsplan schlicht und ergreifend viel zu spät kommt. Zwei Beispiele: Das erste Beispiel ist, wie hier schon sehr oft genannt, die kritische Infrastruktur Kita. Wenn in der Kita der Hitzeschutz nicht gewährleistet werden kann, ist sie zu. Wie soll ich als berufstätige Mutter, die nicht unbedingt die Möglichkeit hat, im Homeoffice zu arbeiten, gerade bei meiner Wenigkeit, die auch noch in einer Apotheke arbeitet, dann damit umgehen? Der Hitzeschutz müsste also eigentlich schon vorgestern erfolgt sein; um die Dringlichkeit einfach noch mal darzustellen.

Das andere ist: Ich arbeite zusätzlich noch stundenweise in einer Apotheke. Wir hatten es 2018 zum Beispiel – das ist jetzt sieben Jahre her –, dass in der Apotheke am Hauptbahnhof die Klimaanlage ausgefallen ist und der Betreiber seinen Laden schließen musste und demzufolge die Bevölkerung nicht mehr versorgt werden konnte. Aber eine Apotheke hat auch einen Versorgungsauftrag für die Bevölkerung. Medikamente sind ab über 25 Grad Celsius kritisch beziehungsweise kann man sie dann letztendlich in den Müll entsorgen. Es muss also dringend etwas getan werden.

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Danke, Frau Leschewitz! – Möchte die Senatsvertretung dazu etwas sagen? – Ja. – Bitte!

**Staatssekretär Arne Herz (SenMVKU):** Herr Vorsitzender, in aller Kürze! – Beim Projekt Bärenhitze bitte ich um Verständnis, das ist ein Projekt des LAGeSo. Ich habe Ihnen in Auszügen schon genannt, was es umfasst. Es ist im Internet, glaube ich, umfangreich aufgearbeitet. Insofern empfehle ich, dort noch einmal nachzugucken.

Ich möchte als Senat eigentlich nicht kommentieren, wie einzelne Geschäfte sichern, selbst wenn es Apotheken sind, dass ihre Infrastruktur funktioniert. Was wir als gesamte Bevölkerung und damit auch als Senat für ein Interesse haben, ist selbstverständlich, dass die Infrastruktur auch und insbesondere im Gesundheitsbereich funktioniert. Ich gebe aber offen zu – – Nein, ich äußere mich jetzt nicht in anderer Zuständigkeit.

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Danke schön! – Dann komme ich zur Abstimmung über den Antrag zu Punkt 4 a, Drucksache – – [Herr Hansel (AfD) meldet sich zu Wort.] – Entschuldigung! Liebe Ausschussmitglieder! Wir sind in der 59. Sitzung, und es gab es noch nie, dass wir nach der Anhörung eine Wortmeldung hatten und dass ich sie drangenommen habe.

Das dürfen wir nicht zur Regel machen. Ich bitte Sie, wir sind über der Zeit, und wir haben uns die Zeit genommen, und ich möchte deshalb weitermachen, wenn Sie nichts dagegen haben, Herr Hansel. – Danke schön!

Dann kommen wir nun zur Abstimmung über die Anträge, und zwar zur Abstimmung über den Antrag zu Punkt 4 a, Drucksache 19/2564. Wer ist für diesen Antrag? – Das sind die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die Fraktion Die Linke. Wer ist dagegen? – Das sind die drei restlichen Fraktionen. Enthaltungen kann es nicht geben. Damit ist der Antrag auf Drucksache 19/2564 abgelehnt. Es ergeht eine entsprechende Stellungnahme an den federführenden Ausschuss für Gesundheit und Pflege.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag zu Punkt 4 b, Drucksache 19/2565. Wer ist für diesen Antrag? – Das sind die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die Fraktion Die Linke. Wer ist dagegen? – Das sind die restlichen drei Fraktionen. Enthaltungen sehe ich nicht. Damit ist dieser Antrag auch abgelehnt. Es ergeht eine entsprechende Stellungnahme an den federführenden Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen.

Ergebnis zu Punkt 4 c: Die Besprechung zu Punkt 4 c wird vertagt, bis das Wortprotokoll vorliegt und die Anhörung ausgewertet werden kann. Besteht damit Einvernehmen? – Ich sehe Kopfnicken. Danke! Dann wird das so gehandhabt.

#### Punkt 5 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –  
Drucksache 19/2343

**Gesetz zum Abkommen zur Änderung des  
Abkommens über die Zentralstelle der Länder für  
Sicherheitstechnik**

[0244](#)  
UK  
Haupt

Siehe Inhaltsprotokoll.

#### Punkt 6 der Tagesordnung

**Verschiedenes**

Siehe Beschlussprotokoll.